

Besprechungen

Friedrich Fürstenberg: Soziologie. Hauptfragen und Grundbegriffe.
Berlin, New York 1971. Walter de Gruyter & Co. 154 S.

Friedrich Fürstenberg, Linzer Ordinarius, geradezu schon geübt im Konzipieren von Einführungen in soziologische und sozialkundliche Probleme, legt jetzt in der Sammlung Göschen eine „Soziologie, Hauptfragen und Grundbegriffe“ vor.

Solche kurzen Abrisse der Grundlagen einer Wissenschaft sind an sich ein äußerst undankbares Geschäft: Von welchen wissenschaftlichen Positionen, Ideologien und Utopien läßt sich nicht etwas gegen die Auffassung eines Autors einwenden? Keiner findet sich mit seinem Verständnis von Soziologie hinreichend repräsentiert. Aber schon aus Gründen der Lehre bedürfen wir solcher Einführungen, sie sind für das deutsche Sprachgebiet immer noch dünn gesät; andererseits gilt es auch, ständig den theoretischen Bezugsrahmen der Soziologie in Frage zu stellen und neu zu entfalten, um die empirische Aktivität sinnvoll zu steuern. So ist Fürstenberg zu danken, sich auf diesem undankbaren Terrain zu bewegen, zumal er sich sehr geschickt seiner Aufgabe entledigt und ein Buch schrieb, das — obwohl es im Titel nicht direkt diese Ambition zum Ausdruck bringt — als Einführung für Soziologiestudenten zu empfehlen ist und dem Fortgeschrittenen als theoretischer Leitfaden dienen kann.

Heute besteht neben der Aporie der Esoterik im Begrifflichen die Gefahr, daß soziologische Publikationen allzu sehr popularisieren und auf theoretisches Niveau verzichten. Fürstenberg vermeidet beide Holzwege. Er reflektiert auf einer angemessenen theoretischen Ebene, bedient sich aber auch einer anschaulichen, unpräzisen und systematischen Darstellung und diskutiert die Probleme an Hand konkreter Beispiele. Lobenswert ist vor allem, daß er in seiner „Soziologie“ die Gegenstandsbereiche der allgemeinen Soziologie behandelt, anstatt, wie es häufig geschieht, eine anspruchslose Sammlung von Kurzfassungen spezieller Soziologien zu liefern.

Obwohl Fürstenberg in der Regel geschickt dem Anspruch entgeht, möglichst zu allen komplizierten Fragestellungen des Selbstverständnisses der Soziologie einige Slogans zu formulieren, ist er doch an einer Stelle diesem Urübel soziologischer Einführungen verfallen: So sollte er auf das Kapitel über die „Soziologischen Forschungsmethoden“ verzichten, lassen sich doch auf knapp vier Seiten in einer traditionell mit Methodenstreitigkeiten belasteten Disziplin wie der der Soziologie keine tragfähigen Aussagen machen zum Zusammenhang

von Wissenschaftstheorie, Methode, soziologischer Theorie und Forschungstechnik. Kurz und brillant lesen sich hingegen die Kapitel zum Gesellschaftsbegriff und zu den Problemen und Arbeitsgebieten der Soziologie. Hier zeigt sich die Fähigkeit Fürstenbergs, in unaufdringlicher und distanzierter Analyse Probleme zu entfalten.

An der Erörterung der zentralen Begriffe der allgemeinen Soziologie ist wenig auszusetzen, sieht man davon ab, daß es des öfteren wünschenswert gewesen wäre, der Autor hätte sich etwas mehr von fremden Positionen und Lehrmeinungen gelöst; freilich wäre es falsch, unter allen Umständen Originalität zu demonstrieren, wo brauchbare Ergebnisse bereits vorliegen; es ist also richtig, die nach Meinung des Autors tragfähigen Erkenntnisse der bisherigen Forschung zur Kenntnis zu nehmen; nur müssen diese — ergibt sich mit den bisherigen Thesen kein abgeschlossenes Bild — in einen eigenen Entwurf systematisch integriert werden, so z. B. im Kapitel „Macht und Herrschaft“. Allerdings ist Fürstenberg zu danken, diese Thematik überhaupt aufgenommen zu haben; sie fehlt — was bei der gesellschaftspolitischen Relevanz des Problems kurios erscheint — in den meisten deutschen Einführungen neueren Datums.

Über Gliederungsprobleme läßt sich streiten: Gehört aber das Kapitel „Soziale Objektivationen“, wo auch Normen und Institutionen behandelt werden, nicht unter „Soziale Verhaltensweisen und ihre Vermittlung“, weil dort das abweichende und kriminelle Verhalten traktiert ist?

Überhaupt kommt der klassische Gegenstandsbereich der Soziologie, der der „faits sociaux“, etwas zu kurz: Normen, Rollen (!), Institutionen. Auch fehlt es an einer komprimierten Darstellung der Systemtheorie, sind doch „Sozialstruktur und sozialer Wandel“, wie Fürstenberg sie analysiert, nur von hier aus zu begreifen; vielleicht läßt sich dieser theoretische Bezugsrahmen im abschließenden fünften Kapitel einbauen.

Diese Einwände sind allerdings nur Marginalien, die die Qualität des Buches kaum beeinträchtigen. Wer das Wagnis eingeht, sich zu den Grundlagen einer Wissenschaft zu äußern, darf zufrieden sein, wenn der Rezensent ihm cum grano salis zustimmt. Das Buch von Fürstenberg ist eine der wenigen soliden Einführungen deutscher Sprache in die Probleme der Soziologie.

Detlef Grieswelle, Saarbrücken

Wilhelm Abel u. a.: *Handwerksgeschichte in neuer Sicht*. Göttingen 1970. Otto Schwartz & Co. 273 S.

Dieses Buch, herausgegeben von Wilhelm Abel und seinen Mitarbeitern, weist an Hand einer Untersuchung über die Handwerksgeschichte auf die im deutschen Sprachraum bis heute wenig beachteten neuen Methoden der „New Economic History“ hin.

Die „Handwerksgeschichte in neuer Sicht“ weicht bewußt von der bisherigen Betrachtung aus historischer, soziologischer und rechtlicher Sicht ab und zeigt neue Wege zur tieferen Erforschung nicht nur dieses Themenkreises. In seinem vorangestellten Aufsatz „Neue Wege der handwerksgeschichtlichen Forschung“ lenkt Wilhelm *Abel* das Interesse des Lesers auf die wirtschaftstheoretischen und statistischen Möglichkeiten zur Erforschung der bisher nur als Zunft- oder Verfassungsgeschichte behandelten Handwerksgeschichte. Soweit nicht eine Einschränkung durch mangelnde Statistiken gegeben ist, werden aus dieser Perspektive heraus, betriebswirtschaftliche Analysen möglich, die in Verbindung mit der Untersuchung volkswirtschaftlicher Größen, wie Produktivität, Einkommen, Löhne und Preise, einmal eine kritische Beleuchtung der bisherigen Handwerksgeschichte ermöglichen und zum anderen das Handwerk in den Gesamtrahmen der Volkswirtschaft stellen. Diese Trennung von der isolierten Betrachtung ermöglicht es — wie die Aufsätze zeigen —, erstens neue Erkenntnisse über die Handwerksgeschichte zu finden und zweitens diese Ergebnisse mit Hilfe der heutigen wirtschaftstheoretischen Modelle in ihre Zeit zu transformieren, um zu gesamtwirtschaftlichen Aussagen in den untersuchten Zeiträumen zu kommen. Wilhelm *Abel* zeigt in diesem Aufsatz über die Erläuterung der neuen Methodik hinaus schon einige Beispiele für die Strukturanalysen auf.

Karl Heinrich *Kaufhold* bringt in seiner Abhandlung „Umfang und Gliederung des deutschen Handwerks um 1800“ eine Gewichtung des Handwerks im volkswirtschaftlichen Gesamtrahmen, wobei dieses Gewerbe in Beziehung gesetzt wird zur Gesamtbevölkerung, zur beruflichen Gliederung und Verteilung und zur Betriebsgröße. *Diedrich Saalfeld* behandelt die „Handwerkereinkommen in Deutschland vom ausgehenden 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts“, wobei er die Lohn- und Preisentwicklung darlegt sowie eine Kaufkraftberechnung unter Verwendung von Indices durchführt. *Arno Steinkamp* untersucht speziell „Die wirtschaftliche Lage des Handwerks in Bückeburg und Stadthagen zu Beginn des 19. Jahrhunderts“ und geht insbesondere auf die Einkommens- und Beschäftigungslage sowie auf die Vermögensstruktur der Handwerker ein. In „Die Einführung der Gewerbefreiheit und ihre Auswirkungen auf das Handwerk in Deutschland“ prüft Friedrich-Wilhelm *Hennig* die Fragen der Beschäftigten je Handwerksbetrieb und Beschäftigungszahl im Handwerk in Deutschland nach Einführung der Gewerbefreiheit. Das Thema von *Martha Scale* „Die Entwicklung von Handwerk und Industrie in einer niedersächsischen Kleinstadt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts — dargestellt am Beispiel der Stadt Alfeld“ behandelt die Organisation, den Umfang und die Entwicklung der einzelnen Handelszweige dieser Stadt mit einem Ausblick auf die in den vierziger Jahren einsetzende Industrialisierung. *Klaus Abmanns* Beitrag „Verlag-Manufaktur-Fabrik“ bietet einen Überblick über die Entwicklung der Unternehmensformen des Göttinger Tuchmachergewerbes unter Berücksichtigung der Bestimmungsgründe und Probleme des wirtschaftlichen

Wachstums dieser drei Unternehmensformen. In seiner Abhandlung „Bestimmungsgründe und Formen des Unternehmenswachstums im Handwerk seit der Mitte des 19. Jahrhunderts“ ermittelt Karl-Heinz Schmidt an Hand einzelner Beispiele unter Verwendung wachstumstheoretischer Gleichungen das einzelwirtschaftliche Wachstum der Handwerksbetriebe.

Die in diesem Buch aufgezeigten Fragestellungen und Materialien bieten nicht nur dem wirtschaftsgeschichtlich interessierten Nationalökonom, sondern gleichfalls dem Historiker, Soziologen und Politologen eine aufschlußreiche und anregende Lektüre.

Lutz Mehl, Aachen

Hermann Kellenbenz (Hrsg.): Öffentliche Finanzen und privates Kapital im späten Mittelalter und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Stuttgart 1971. Gustav Fischer. VIII, 145 S.

Der Band enthält die geringfügig erweiterten und ergänzten Referate, die auf der 3. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte gehalten wurden. Den Zielsetzungen dieser Tagungen entsprechend, bieten die Referate einen Einblick in die Forschungstätigkeit des jeweiligen Referenten, dessen Fragestellungen, Methoden und Quellen den Teilnehmern sachliche Information und methodische Anregung gewähren sollen. Der Blick in die „Werkstatt“ des Forschers kann natürlich nicht vollständig und erschöpfend sein, doch sind die Referate, die zumeist Teile größerer Arbeiten oder Vorstudien zu umfangreichen Untersuchungen darstellen, in sich abgerundet und wissenschaftlich durch exakte Zitate fundiert, so daß sie auch einen breiteren Leserkreis anzusprechen vermögen.

Diese Feststellung gilt um so mehr für das Thema der Arbeitstagung, das zwei zeitliche Schwerpunkte der wirtschaftshistorischen Forschung behandelt, auf der einen Seite das Spätmittelalter und den Beginn der Neuzeit, auf der anderen die Epoche der Frühindustrialisierung. Auch der sachliche Inhalt des Themas, die „Finanzwirtschaft“, umfaßt zwei Aspekte, einen volkswirtschaftlichen, der sich mit dem Begriff „Öffentliche Finanzen“ umschreiben läßt, und einen betriebswirtschaftlichen, der die Fragen der Finanzierung im einzelnen Betrieb berührt. Die Gesellschaft hat es verstanden, die beiden sachlichen Aspekte des Arbeitsthemas mit den beiden Zeiträumen zu einer sinnvollen Zweiteilung ihres Programms zu verknüpfen. Im Spätmittelalter und zu Beginn der Neuzeit, der Epoche der Festigung der Territorialstaaten, steht in der Forschung die Frage nach den öffentlichen Finanzen im Vordergrund. Diesem Problemkreis sind die folgenden Beiträge gewidmet: G. Droege, Spätmittelalterliche Staatsfinanzen in Westdeutschland; R. Sprandel, Der städtische Rentenmarkt in Nordwestdeutschland im Spätmittelalter; J. Rosen, Der Staatshaushalt Basels von 1360 bis 1535; H. Pohl, Die Kastilischen Staatsfinanzen am Ende des 15. Jahrhunderts; W. v. Stromer, Das Zusam-

menispiel oberdeutscher und Florentiner Geldleute bei der Finanzierung von König Ruprechts Italienfeldzug 1401/02. Anders hingegen in der Phase der Frühindustrialisierung, in der die finanziellen Probleme, die der einzelne Unternehmer in seinem Betrieb zu lösen hatte, für den Forscher zunehmend an Gewicht gewinnen. Mit diesem betriebswirtschaftlichen Aspekt der Finanzwirtschaft setzen sich (leider!) nur zwei Referenten auseinander: E. Klein, Zur Frage der Industriefinanzierung im frühen 19. Jahrhundert, und A. Brusatti, Das Problem der Unternehmensfinanzierung in der Habsburger Monarchie 1815 bis 1848. Da indessen die innerbetriebliche Finanzierung nur im Rahmen einer gegebenen Geldverfassung stattfindet und von dieser nachhaltig beeinflusst und geprägt wird, erschien es ratsam, den übergreifenden, mehr ordnungspolitisch ausgerichteten Beitrag von P. C. Martin, Rahmenordnung und Geldwirtschaft der Frühindustrialisierung, mit in das Programm aufzunehmen.

Diese Referate vermitteln nicht allein einen Eindruck von der Vielfalt und der Spannweite der wirtschaftshistorischen Forschung im deutschen Sprachraum, sie eignen sich obendrein gut zum Austausch von Informationen, wie er z. B. im Referat Rosen zwischen der lokalen Geschichtsforschung Basels und Frankfurts zustande kommt (S. 30 bis 31). Daneben sollen jedoch die methodischen Anregungen, die von diesen Beiträgen ausgehen, nicht übersehen werden. Brusatti z. B. weist die Grenzen der traditionellen Firmengeschichte und der Unternehmerbiographie bei der Erörterung betrieblicher Finanzierungsfragen auf. Sein Referat schließt die Forderung ein, diesen Fragen in der Forschung mit Hilfe des Instrumentariums der modernen Betriebswirtschaftslehre nachzuspüren. Rosen schließlich zeigt, wie eine nationalökonomische Terminologie auch bei Forschungsarbeiten im vorindustriellen Zeitalter mit Nutzen angewendet werden kann. Die Einteilung der Basler Stadtrechnungen in Gruppen von Einnahmen und Ausgaben im Sinne der modernen Finanzwissenschaft erleichterte nicht nur die Beantwortung spezifisch ökonomischer Fragen, sondern ermöglichte ihm auch den Einsatz des Computers bei der Auswertung des Materials, die in traditioneller, d. h. manueller Arbeitsweise nicht hätte vorgenommen werden können.

Der Sammlung der Referate geht ein Nachruf auf Friedrich Lütge, den langjährigen ersten Vorsitzenden und Mitbegründer der Gesellschaft voraus, den H. Kellenbenz verfaßt hat.

Fritz Blaiich, Regensburg

Louis Fontvieille: Les premières enquêtes industrielles de la France: 1692 et 1703, Documents Statistiques. (Cahiers de l'I. S. E. A., Paris, AF 11.) Genf 1969. Librairie Droz S. A. 195 S.

Dieses elfte Heft zur Histoire quantitative de l'Économie française enthält im Gegensatz zu den bisherigen Veröffentlichungen des Insti-

tut de Science Économique Appliquée statistisches Material, das sich noch im Prozeß der Aufbereitung und weiteren Analyse befindet.

In der ersten französischen Gewerbeenquete von 1692 mußten die Inspecteurs des Manufactures detaillierte Fragen des Finanzministers zum Stand des Gewerbes ihrer Bezirke beantworten. Ihre Berichte sind nicht überkommen, wohl aber das Ergebnis dieser Erhebung in Form einer tabellarischen Aufstellung von gut 120 Seiten über Ort und Art des Gewerbes, Erzeugungsmenge, Zahl der Meister und Gerätschaften, Absatzrichtung samt einiger Randbemerkungen. Die Enquete erfaßt vier Fünftel des französischen Territoriums und enthält ausführliche Angaben über die verschiedenen Textilgewerbe sowie einige Informationen über die Leder-, Papier- und Metallerzeugung. Die Entstehung der Textil-Enquete von 1703 ist nicht bekannt; wahrscheinlich benötigte die Krone Unterlagen für die Schaffung eines neuen erblichen Amtes geschworener Aufseher (Gardes Jurés), welches für das Zehnfache des bisherigen Jahreserlöses aus dem amtlichen Marken von Tuchen verkauft werden sollte.

Auf Grund dieser Unterlagen läßt sich beispielsweise aussagen, daß Frankreich um 1700 mit 33 000 Webstühlen und gut 700 000 Beschäftigten auf allen Produktionsstufen etwa 900 000 Stück Tuch im Jahr fertigte; ausgangs des 18. Jahrhunderts lag die Produktion um 70% höher, was — bei der überragenden Rolle des Textilgewerbes — einem industriellen Wachstum von 0,5% pro Jahr entspricht. Mit Hilfe der zwischen 1692 und 1790 regelmäßig eingesandten Halbjahresberichte der Inspecteurs des Manufactures und anderer im Verlauf des 18. Jahrhunderts angestellten Erhebungen sollen derartige Ergebnisse nachgeprüft und entsprechend verfeinert werden. Über den Wert solcher quantitativer Angaben wird man sicherlich diskutieren können, und die Herausgeber betonen mehrmals in der etwa 30seitigen Einleitung den provisorischen Charakter der Ergebnisse; der hohe didaktische Wert dieser Veröffentlichung als Einführung in die Methodik historisch-quantitativer Analyse dürfte jedoch außer Zweifel stehen. Die bereits angekündigte Publikation ähnlicher statistischer Dokumente kann man daher nur begrüßen.

Karl W. Hardach, New Brunswick

Gerhard Ahrens: Caspar Voght und sein Mustergut Flottbek. Englische Landwirtschaft in Deutschland am Ende des 18. Jahrhunderts. Hamburg 1969. Hans Christians Verlag. 172 S.

Wirtschaftsentwicklung als umfassendes soziales und ökonomisches Problem ist in England an der Schwelle des Industriezeitalters im 18. Jahrhundert am augenscheinlichsten bewiesen worden. Was Wunder, daß es zum Pilgerland aufgeklärter Staatswissenschaftler und Ökonomen wurde und in der zeitgenössischen Literatur ein breites Echo fand. Das trifft auch und besonders für die Landwirtschaft zu, die die tiefgreifendste Umgestaltung erfahren mußte, um erwerbswirtschaft-

lichen Zielsetzungen inmitten eines schnellen volkswirtschaftlichen Wachstums gerecht zu werden.

In Deutschland wird allgemein *Thaer* das Verdienst zugerechnet, die Fortschritte der englischen Landwirtschaft durch sein mehrbändiges Werk („Einleitung zur Kenntnis der englischen Landwirtschaft ...“, 1798/1804) verbreitet zu haben. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß sein Erfolg nur möglich war, weil der Boden für diese Entwicklungen schon bereitet war und auch weiterhin und später noch durch tatkräftige Pioniere der Landwirtschaft bereitet worden ist.

Zu diesen gehört auch der hamburgische Kaufmann und Landedelmann Caspar von Voght, der als Sohn eines wohlhabenden Handelshauses schon in jungen Jahren die Welt kennenlernt und mit wachem Sinn soziale und wirtschaftliche Reformen in anderen Ländern studiert, um daraus für sich und seinen Wirkungskreis Nutzen zu ziehen. Im Laufe seines langen Lebens (1752 - 1839) bereist er dreimal sehr ausgedehnt England und knüpft hier enge Beziehungen zu den führenden Landwirten und Ökonomen des Landes, mit denen er auch später durch Briefwechsel verbunden bleibt. Angeregt durch das Gesehene, baut er seinen in Klein Flottbek bei Hamburg ab 1786 erworbenen Grundbesitz zu einem Mustergut von rund 260 ha Größe aus, wo er, den englischen Vorbildern folgend, agrarstrukturelle Voraussetzungen rationeller Landwirtschaft in Form der Verkoppelungen und für die anschließenden ausgedehnten Meliorationen genauso durchsetzt, wie er moderne Anbautechniken (Fruchtwechsel, Futterbau usw.) und mechanisch-technische Fortschritte durch Übernahme englischer Maschinen und Geräte einführt. Voght, der sich nach 1800 nur noch der Landwirtschaft widmete, hat in Flottbek eine vielbeachtete, beispielgebende Tätigkeit entfaltet und selbst in zahlreichen Veröffentlichungen darüber berichtet. Sein unverbildeter Kaufmannsinn läßt ihn die Landwirtschaft von allem Anfang an weniger als standesgemäße Repräsentation denn als Erwerbsquelle begreifen und entsprechend unternehmerisch führen. Seine Bemühungen um rechnerische Betriebskontrolle, seine marktabhängige Produktionsgestaltung und Absatzförderung, wie sie heute als Marketing zu bezeichnen wären, weisen ihn als einen Betriebswirt von hohen Graden aus, der seine Bestätigung im wirtschaftlichen Erfolg so gut wie in den äußeren Auszeichnungen und Anerkennungen findet.

Im übrigen verdient Flottbek auch als der Platz unsere Aufmerksamkeit, an dem *Thünen* seine Idee von der relativen Vorzüglichkeit der Wirtschaftssysteme konzipierte und später in seinem „Isolierten Staat“ niederlegte. Voghts Musterlandwirtschaft und Marktaufgeschlossenheit sowie sein liberaler Sinn haben somit bei einem Meisterwerk der ökonomischen Literatur Pate gestanden.

Es ist Ahrens zu danken, daß er mit Caspar Voght einen Mann der Vergessenheit entreißt, der nicht nur als Zeitgenosse, sondern auch durch seine geistige Potenz und Tatkraft an der Seite von *Thaer*, *Thü-*

nen und *Koppe* steht und deshalb gerechterweise eine Leben und Wirken umfassende Würdigung verdient, wie sie ihm hier angemessen zuteil wird.

Lothar Richter, Berlin

Herbert Jankuhn: Vor- und Frühgeschichte vom Neolithikum bis zur Völkerwanderungszeit. Stuttgart 1969. Eugen Ulmer. 300 S. (Band I der Deutschen Agrargeschichte, hrsg. von *Günther Franz*).

Mit diesem Band (I) ist der vierte von insgesamt geplanten fünf Bänden der von Günther Franz herausgegebenen Deutschen Agrargeschichte erschienen. Ohne vergleichbare Vorarbeiten hatte Jankuhn wohl die schwierigste Aufgabe, um aus zahllosen, weit über den Bereich der Agrar-Publikationen hinaus verstreuten, oft regional begrenzten Arbeiten das Material seines Buches zusammenzutragen.

Im ersten Teil schildert Jankuhn die Agrarwirtschaft in vorgeschichtlicher Zeit. So umfassend wie möglich wurde aus Ausgrabungen, Funden usw. alles ausgewertet, was uns über Wirtschaftsweise, Betriebsformen, Anbauprodukte und Lebensformen der Agrarbevölkerung in vorrömischer Zeit Aufschluß geben könnte. Hier, wie auch im zweiten Teil, „Die Frühgeschichte“, zeigt sich, wie stark die Archäologie als Vermittlerin des Wissens über die frühzeitliche Agrarwirtschaft im Vordergrund steht. Historische Nachrichten treten ihr erst in den nachchristlichen Jahrhunderten, bedingt durch die römische Überlieferung zur Seite. Bei aller Bescheidenheit des Autors, in seiner Darstellung einen „ersten unvollkommenen Versuch“ zu sehen, muß doch festgehalten werden, daß hier zum erstenmal mit großer Sorgfalt und abwägendem Urteil bei allen noch so unterschiedlich auszulegenden archäologischen Ergebnissen eine Zusammenfassung der Frühzeit deutscher Agrargeschichte geschrieben wurde, die nicht nur agrarwirtschaftliche Vollkommenheit anstrebt, sondern darüber hinaus auch die Verbindungen zu Handel, Handwerk und Verkehr jener Zeit aufzudecken sucht. Die Ansätze Jankuhns, aus den Materialien auch weiterreichende Folgerungen für die Gesellschaftsstruktur abzuleiten, zeigen die Grenzen, die unserer Erkenntnis hier noch gesetzt sind, aber auch gleichzeitig die ständigen Fragen, die einer weiteren Forschung in diesem Bereich gestellt sind. Für viele Problemkreise — Rechtsverhältnisse, Preise und Löhne u. a. — bleiben die archäologischen Zeugnisse stumm, und es gelingt eben nur, aus einer möglichst umfassenden Sammlung aller Quellen und ihrer eingehenden Analyse Ansätze für Vermutungen zu gewinnen.

Durch die Fülle der hier verarbeiteten, erstmals zusammengefaßten Literatur, wird die Arbeit Jankuhns zum Standardwerk; zahlreiche Abbildungen und Skizzen erläutern den Text und erhöhen durch ihre bildliche Aussagekraft, z. B. bei der räumlichen Verteilung von Funden, den Wert rein verbaler Beschreibung.

In einem als Anhang bezeichneten, aber doch mit den wesentlichen Kern der Darstellung bildenden dritten Teil hat der Verfasser die

Mitarbeit von U. *Willerding* gewonnen, um Ursprung und Entwicklung der Kulturpflanzen in vor- und frühgeschichtlicher Zeit aus botanischer Sicht zu behandeln; E. *May* als Zoologe widmet sich in gleicher Weise den Haustieren. Alter und Verbreitung von Kulturpflanzen und Haustieren verdeutlichen das Bild, das wir uns von der frühgeschichtlichen Landwirtschaft machen können, ihre systematische Züchtung und Verbreitung gibt Zeugnis vom Leistungsvermögen der damaligen Bauern. In Verbindung mit den Ergebnissen des ersten Teils wird verdeutlicht, in welchem Maße diese naturwissenschaftlichen Forschungen Aufschluß über die Entwicklung bäuerlicher Wirtschaftsweisen geben, wie durch Veränderungen in Pflanzen- und Tierwelt auch die Lebensweise und Wirtschaftsform der bäuerlichen Bevölkerung umgestaltet wird.

Mit dem letzten Beitrag des Buches von Herbert Jankuhn über Sprachzeugnisse zur frühesten Geschichte der Landwirtschaft wird nochmals eine neue Quelle der Erkenntnis von Zusammenhängen und Entwicklungen erschlossen. Mit Hilfe der Sprachforschung lassen sich Kulturwandlungen nachweisen, die ebenfalls für unser Wissen um die frühe Agrarwirtschaft von großem Wert sind.

Bei allen Lücken und aller Unvollkommenheit, die sich für den behandelten Zeitraum wohl nie beseitigen lassen, wurde hier eine Arbeit geleistet, die hohe Anerkennung verdient.

Harald Winkel, Aachen

Günther Franz: Geschichte des Bauernstandes vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert. (Deutsche Agrargeschichte Bd. IV) Stuttgart 1970. Eugen Ulmer. 288 S.

Nach acht Jahren konnte mit dem vorliegenden vierten Band — der zweite Band (*Abel*: Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert) war als erster 1962 erschienen — die geplante fünfbandige deutsche Agrargeschichte nunmehr vollständig abgeschlossen werden. Für die deutsche Agrargeschichte liegt damit ein auf dem neuesten Stand wissenschaftlicher Forschung aufbauendes, alle Teilbereiche umfassendes und die historische Entwicklung von unterschiedlichen Aspekten aus betrachtendes Werk vor, das in gleichermaßen geübter Sorgfalt geschrieben für absehbare Zukunft als Standardwerk der deutschen Agrargeschichte gelten dürfte.

Der hier angezeigte Band von Günther Franz hat nicht ohne Grund länger auf sich warten lassen. Zum erstenmal wird eine Geschichte des Bauernstandes als Berufsstand geschrieben, eine Sozialgeschichte, die die Stellung der Bauern im gesellschaftlichen und politischen Geschehen seit dem frühen Mittelalter behandelt. Der Verfasser konnte sich diesem in der wissenschaftlichen Literatur bislang vernachlässigten Anliegen um so intensiver widmen, als ja ergänzend die Geschichte der Landwirtschaft und der Agrarverfassung in den anderen Bänden des Gesamtwerkes ausführlich zu Wort kommen. So war schon in der Sichtung des Quellenmaterials Neuland zu betreten, manche bereits vor-

handene, jedoch nur ein Teilgebiet berührende Arbeit, konnte hier, in größerem Rahmen eingebettet, wertvoller Baustein werden.

Der Grundaufbau folgt auch hier dem zeitlichen Geschehen. Ersten, verständlicherweise spärlichen Angaben aus der Karolingerzeit folgt die Ausbildung des Bauernstandes im Hochmittelalter, die Entwicklung von Landgemeinde und Dorfgericht. Die Bedeutung von Freiheit und Unfreiheit in der Freiheitsbewegung des Hochmittelalters wird deutlich in der Ausbildung von befreiten und Reichsdörfern, von Bauernstaaten und schließlich auch in der großen Ostsiedlung. Für den Bauernstand entscheidend werden schließlich die Bauernkriege, die Wandlung des dem alten Recht nachtrauernden Bauern zum politischen Untertan des neuen Territorialstaates. Inwieweit die Bauernschaft trotzdem auch weiterhin noch Anteil am Staate hatte, wird in einem aus einer Arbeit von P. *Blickle* beigesteuerten Kapitel über bäuerliche Landschaft und Landstandchaft deutlich. Ein Überblick über Grund und Ziel weiterer Bauernaufstände nach dem Dreißigjährigen Krieg, dann eine Würdigung der Leistungen des Bauernstandes in der sog. zweiten deutschen Ostsiedlung schließen sich an. In die neuere Zeit führt ein auf zahlreichen Beispielen aufbauender, auf eine Arbeit von W. A. *Boelcke* zurückgehender Überblick der sozialen Schichtung des Dorfes. Wenn der Bauernstand auch im 18. Jahrhundert „von der Ideologie her seine eigene Würde“ erhält, in der Landbewegung, im „Zurück zur Natur“, die Selbstbewußtwertung des Bauernstandes gefördert wird und er sich im Zuge der französischen Revolution nochmals politisch engagiert, so bleibt er doch für die Folgezeit im wesentlichen passiv. Als Stand scheint seine Zeit im 19. Jahrhundert, mit dem diese Betrachtung schließt, vorbei zu sein. Die Arbeit von Franz bietet eine glückliche und notwendige Ergänzung der übrigen Bände, mag auch die Darstellung der Fakten sich hier und da überschneiden. Nur aber in dieser nach unterschiedlichen Zielsetzungen wertenden Zusammenschau ließ sich ein wahres Bild unserer Agrargeschichte und der in ihr handelnden Menschen gewinnen.

Harald Winkel, Aachen

Erich Schneider: Joseph A. Schumpeter, Leben und Werk eines großen Sozialökonom. Tübingen 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 93 S.

Der Schrift liegen sechs an der Universität Löwen gehaltene Vorträge über Leben und Werk Schumpeters zugrunde. Schneider war, wie wohl kein anderer, dazu berufen, über Schumpeter zu schreiben, hat er sich doch bei ihm habilitiert und ist bis zu dessen Tode mit ihm in Verbindung geblieben. Er schildert Schumpeters Wirken als Hochschullehrer in Österreich, Deutschland und Amerika und weist auch auf seine Tätigkeit auf dem Gebiet der Politik und Wirtschaft hin.

Nach Schneider gehört Schumpeter zu den wahrhaft großen Vertretern der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; er ist vielleicht der letzte, der das Gesamtgebiet beherrschte. Die deutsche Wirtschaftstheorie hat er zu neuem Leben erweckt. Seine Berufung an die Uni-

versität Bonn bedeutet nach Schneider das Ende des „Methodenstreits“ (S. 48); jetzt wurde wieder, heißt es S. 49, zum ersten Male „nach Jahrzehnten an einer deutschen Universität Theorie gelehrt“. Kann man das aber wirklich so allgemein sagen? Gab es damals nicht doch einzelne Hochschullehrer, die man als Theoretiker bezeichnen kann? Schneider spricht selbst (S. 19) von „wenigen Ausnahmen“ in der theoriefeindlichen Welt. Freilich kommt es darauf an, wie eng man den Begriff „Theorie“ faßt. Schumpeter ist, heißt es S. 20, nie müde geworden, seinen Fachgenossen immer wieder zu sagen, daß die ökonomische Theorie die Grundlage des ökonomischen Denkens überhaupt ist. Beeinflußt wurde er von *Böhm-Bawerk* und *Marx*, am stärksten aber von *Walras*, dessen System für ihn die magna charta der ökonomischen Theorie war (S. 77).

Der Autor behandelt die wissenschaftlichen Leistungen Schumpeters, die hier als bekannt vorausgesetzt sind, chronologisch; nur einiges aus Schneiders Würdigungen sei hervorgehoben. Angeregt durch *Walras*, beschäftigte sich Schumpeter in seiner ersten Veröffentlichung mit der mathematischen Methode, auf der nach ihm die Zukunft der theoretischen Ökonomie als Wissenschaft beruht. Mit Enthusiasmus begrüßte er später — nach Schneider — die Gründung der „Econometric Society“. Seinen Aufsatz im ersten Heft, das die Gesellschaft herausgab, „The Common Sense of Econometrics“, bezeichnet Schneider als den besten Zugang zum Verständnis der Ökonometrie. Allerdings besteht nach ihm kein Zweifel darüber, daß sich bei Schumpeter in späteren Jahren eine Enttäuschung über die Entwicklung der Ökonometrie bemerkbar machte (S. 69). Mit Recht weist der Autor darauf hin, daß Schumpeter in der Theorie zwar ein notwendiges, aber kein hinreichendes Instrument zum Verständnis der ökonomischen Wirklichkeit sah, sondern der Meinung war, daß nur die Kooperation von Theorie, Statistik und Geschichte zu einem Verständnis des zeitlichen Ablaufes der Wirtschaft führen kann.

Schumpeters Abhandlung im Grundriß der Sozialökonomik „Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte“ ist nach Schneider von seltener Geschlossenheit und Reife, ein Meisterwerk, dessen eigentlicher Wert im Grunde nur vom Fachmann erkannt werden kann. Das letzte Kapitel enthält nach Schneider die beste bis heute existierende Erklärung der Hintergründe des „Methodenstreits“ (S. 36). Wenn dieses Werk nicht das verdiente Echo gefunden hat, so nach Schneider deshalb, weil es nicht als Einzeldarstellung und außerdem zu Beginn des Ersten Weltkrieges erschienen ist.

Als Schumpeters größte Leistung kann nach Schneider seine „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ angesehen werden. Dieses Werk hat ihn weltberühmt gemacht (S. 22) und wird immer zu den großen klassischen Leistungen unserer Wissenschaft gehören (S. 34). In diesem Buch, das mit dem vollsten Verständnis in Japan aufgenommen wurde (S. 62), gibt er nach Schneider eine der tiefsten und überzeugendsten Analysen des Entwicklungsprozesses im allgemeinen und in

kapitalistischen marktwirtschaftlichen Ordnungen insbesondere. Noch heute könne kein Forscher, der sich mit dem Problem der wirtschaftlichen Entwicklung beschäftigt, an den Werken von *Marx* wie auch von Schumpeter vorbeigehen (S. 33). In seinem zweiten, in den Harvard-Jahren entstandenen Buch „Capitalism, Socialism and Democracy“, das einen „großen Erfolg“ hatte, weist Schneider darauf hin, daß die Anschauungen von Schumpeter über das Schicksal des Kapitalismus sich weitgehend mit denen von *Marx* decken. Jedoch handelt es sich bei Schumpeters Marsch in den Sozialismus nicht um eine „naturgesetzliche Notwendigkeit“ (S. 74). Interessant sind auch die Ausführungen von Schneider über die Stellung Schumpeters zu *Keynes* (S. 59 ff.).

Der Autor bringt eine Fülle wertvoller Hinweise und guter Bemerkungen. Man gewinnt einen ausgezeichneten Überblick über die Bereicherung, die unsere Wissenschaft durch Schumpeter erfahren hat. Ein Bild von der wissenschaftlichen Fruchtbarkeit Schumpeters gewinnt der Leser durch die vom Autor am Schluß des Buches zusammengestellten Veröffentlichungen.

Bruno Schultz, Berlin

Simon Kuznets: Economic Growth of Nations. Total Output and Production Structure. Cambridge/Mass. 1971. Harvard University Press. 363 S.

Grundlage und wesentlichen Bestandteil dieses Buches bilden mehrere Aufsätze, die Kuznets (Harvard Universität) unter dem Generalthema „Quantitative Aspects of Economic Growth of Nations“ zwischen 1956 und 1967 veröffentlicht hat. Entgegen seiner ursprünglichen Intention, eine aktualisierte und verbesserte Zusammenfassung sämtlicher (insgesamt waren es zehn) Abhandlungen zu liefern, mußte sich der Verfasser hier jedoch (zunächst) auf die ersten drei Aufsätze beschränken. Diese reichen aber aus, um einen detaillierten Überblick über das internationale Wirtschaftswachstum zu liefern, der die Zeit von den ersten Anfängen der Industrialisierung bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts umfaßt.

Sachlich behandelt die Untersuchung im wesentlichen zwei Themenkreise (Global- und Strukturanalyse des Wachstumsprozesses), die sich so gut ergänzen, daß die logische Durchgängigkeit des Gedankengangs weitgehend gewahrt werden konnte.

Die ersten beiden Kapitel sind der quantitativen Erfassung des Wachstums des Gesamtprodukts, der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital sowie einer Analyse der Produktivitätsentwicklung gewidmet. Derartige umfassende statistische Schätzungen (über mehr als zwei Jahrhunderte wurden faktisch alle Industriestaaten mit Ausnahme der sozialistischen Länder erfaßt) hält Kuznets für unentbehrlich, um die theoretische Durchdringung und die empirische Überprüfung der abgeleiteten Hypothesen zu sichern.

Dabei sieht er durchaus, daß die Verwendung von lückenhaftem Zahlenmaterial den intertemporalen und vor allem den internationalen Vergleich erschwert, insbesondere, da die statistische Aufbereitung häufig nach Methoden erfolgt, die der jeweiligen Fragestellung nicht hinreichend angepaßt sind. Hieraus resultierende Fehler müssen wohl in Kauf genommen werden, um überhaupt mit Hilfe langfristiger Zeitreihen Aufschluß über den säkularen Wachstumsprozeß erhalten zu können.

Um die Fehleranfälligkeit empirischer Arbeiten zu verdeutlichen, sei aus der Vielzahl der Ergebnisse des Buches ein besonders interessantes herausgegriffen. Es läßt sich zeigen, daß die hohen Wachstumsraten im Beobachtungszeitraum in erster Linie auf die starke Steigerung der Arbeitsproduktivität zurückgeführt werden können, die trotz annähernder Konstanz des Arbeitsvolumens den Output erhöht hat. Dieses Resultat ist jedoch zum großen Teil nichts anderes als eine Folge der verwendeten konventionellen Inputdefinition, die einmal rein quantitativ angelegt ist und darüber hinaus wesentliche Inputkomponenten vernachlässigt (z. B. Bildungsinvestitionen). Hieraus resultiert dann nicht nur eine wissenschaftlich unbefriedigende Erklärung des Wachstumsvorgangs (bis zu $\frac{8}{10}$ der Produktionssteigerung bleiben unerklärt), sondern auch eine Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies wird noch dadurch verstärkt, daß im Rahmen traditioneller statistischer Konzepte Investitionsgüter teilweise dem Endverbrauch zugerechnet werden.

Kuznets weist ständig auf solche Probleme hin. Daß er selbst nicht in der Lage ist, einen befriedigenden Ausweg anzubieten, kann ihm im Rahmen dieser Veröffentlichung kaum als Mangel ausgelegt werden, zeigt aber die Abhängigkeit derartiger theoretischer Methoden von der Güte des statistischen Materials.

Die Kapitel III-VI bieten eine sehr sorgfältige Analyse der Entwicklung der Produktionsstruktur mit Hilfe von Quer- und Längsschnittanalysen, die zunächst auf den Gesamtoutput (III-IV) und danach auf den Faktor Arbeit angewendet werden (V-VI). Zentrale Hypothese ist die Vorstellung, daß wirtschaftliches Wachstum Strukturverschiebungen bedingt, die ihrerseits neues Wachstum hervorbringen. Zur Begründung werden drei Hauptsektoren (und eine Vielzahl von Untersektoren) unterschieden, deren Entwicklung folgende plausible Tendenzen bestätigt: sinkende Bedeutung des Agrarsektors und starke Ausweitung des Industriesektors bei leichter (nicht durchgängiger) Zunahme im Dienstleistungssektor. Damit dürfte *Fourastiés* Behauptung einer stetigen Zunahme des tertiären Sektors weitgehend relativiert sein: Tendenzielle Bestätigungen seiner Hypothese lassen sich im Rahmen der betrachteten Länder nur für Frankreich, die USA und eventuell Kanada ableiten.

Abschließend sind in Kapitel VII die wesentlichsten Resultate noch einmal zusammengefaßt und zum Teil weitergeführt. Somit erscheint Kuznets' Betrachtung des Wachstumsprozesses übersichtlich und aus-

gewogen. Daß hier zugunsten empirischer Vielfalt bewußt auf logische Geschlossenheit verzichtet wird, muß angesichts der auf dem Wachstumssektor nach wie vor dominierenden modelltheoretischen Untersuchungen sogar als Vorteil angesehen werden. Insofern stellt das Buch einen methodisch und sachlich wertvollen Überblick dar, der den gravierenden Mangel der Abhängigkeit von heterogenem Zahlenmaterial mit vielen anderen Publikationen gleichen Niveaus teilt.

Joachim Klaus, Erlangen-Nürnberg

Richard Hauser: Vermögensverteilung bei schleichender Inflation. Eine mikroökonomische Analyse der Umverteilung zwischen Wachstumstypen von Haushalten unter Berücksichtigung der Vermögensdispositionen bei schleichender Inflation. Kallmünz 1969. Michael Laßleben. 215 S.

Die vorliegende Dissertation stellt angesichts der politischen Forderungen nach Vermögensumverteilung ein zentrales Untersuchungsobjekt zur Diskussion; denn alle Programme müssen angesichts ständiger Geldentwertung revidiert werden.

Der Verfasser bemüht sich um eine vielfältige methodisch-didaktische Analyse. Dabei stieß er gleich auf Grenzen. Die Suche nach einem passenden Modell wird sehr erschwert, so daß Eingrenzungen (S. 29 - 32) in Kauf genommen werden müssen. Dennoch kann man die Wahl von 22 Haushaltstypen als einigermaßen repräsentativ ansehen. Neoklassische Modelle lehnt Hauser ab (S. 25). Als Basis dienen mehrere Kriterien: Keine Anpassung, beschränkte Anpassung und optimale Anpassung, wobei bei letzterer ein Unterschied gemacht wird, ob man der Regierungsprognose traut oder mißtraut. Hier wäre kritisch anzumerken: Bedarf es der Einschaltung des Kriteriums „Regierungsprognose“, da sich dieses eher als hindernde Krücke denn als anzustrebendes Verhaltensziel erweist? Schließlich gab und gibt es Regierungen, die überhaupt keine quantifizierbare Prognose aufstellen bzw. bekanntgeben wollen.

Es liegt in der Natur der Untersuchungsbemühungen, daß man unter den obwaltenden Umständen noch eine andere Wahl hat, als die abzuleitenden wirtschaftspolitischen Folgerungen in reine mathematische Form zu kleiden. Leider sind viele Kurven zu klein abgebildet.

Die Arbeit zeigt andererseits offen Lücken in unserer Teildisziplin Wachstumstheorie. Dem Verfasser, der ausführliche Literaturanalyse betrieb, kann man glauben, daß eine geschlossene Theorie des Haushaltes noch fehlt (S. 62 - 63). Das Buch basiert weitgehend auf Quellen aus dem angelsächsischen Raum. Etwa von der Mitte ab wird der Gang der Untersuchung ausschließlich mathematisch-geometrisch aufgebaut, was es dem Leser nicht immer leicht macht, die gewonnenen Aussagen mit- und weiterzuverfolgen.

Für spätere empirisch-statistische Forschungen ist die Arbeit gewiß nützlich, in ihrer Umsetzung für die wirtschaftspolitische Praxis bietet

sie leider nicht viel, was wegen der erwähnten Schwierigkeiten kaum dem Verfasser angelastet werden darf.

Die Zusammenfassung der Ergebnisse (S. 174 ff.) ist trotz der gebotenen Einschränkungen aussagefähig. Sie zeigt auch, welche Fleißarbeit nötig war, um dieses Ziel zu erreichen. Ein betriebswirtschaftlich orientierter Anhang rundet das Bild ab.

Karl Sammel, Wiesbaden

Jürgen Franke: Werbung und Konzentration. Berlin 1970. Walter de Gruyter & Co. 106 S.

Eine Reihe empirischer Untersuchungen über die von der Werbung ausgehenden Konzentrationswirkungen haben zu keineswegs eindeutigen, teilweise sogar widersprüchlichen Ergebnissen geführt. Der auf den ersten Blick plausibel begründbare Zusammenhang erwies sich so als wenig bestätigte Vermutung und damit wert eines erneuten Überdenkens.

In dieser Arbeit unternimmt Franke den als durchaus gelungen zu bezeichnenden Versuch, die Beziehungen zwischen Werbung und Konzentrationstendenzen theoretisch einer Klärung zuzuführen. Nach einer kurzen Skizze der Problemstellung und der Definition zentraler Begriffe, wendet sich Franke der Werbung in der Theorie des Haushalts zu. Dabei werden zunächst die Ansätze von *Ichimura*, *Tintner* und *Basmann* dargestellt, und anschließend wird eine originelle Erweiterung eines Lancastermodells vorgelegt, in dem neue Güter ebenso wie die Einföhrungswerbung Berücksichtigung finden können. Mit der Analyse der Werbeabhängigkeit der Nachfrage ist die Grundlage für die folgende Diskussion geschaffen, in der ausgehend von der werbenden Einzelunternehmung unter Berücksichtigung unterschiedlicher Zielsetzungen über das kurz- und langfristige Marktgleichgewicht schließlich das Problem des langfristig gleichgewichtigen Konzentrationszustandes eines Marktes behandelt wird. Ebenso interessant wie der eine Fusionsbereitschaft erklärende Gewinn-Vergleich zwischen werbender Einprodukt- und Mehrproduktunternehmung ist Frankes Ansatz, die Konzentrationsproblematik als Frage nach der Zahl auf einem Markt dauerhaft lebensfähiger Unternehmen zu interpretieren. Mit dem ganzen virtuos benutzten Formalismus der modernen Preistheorie gelingt es ihm, einiges Licht in die komplexen Zusammenhänge auf einem Markt mit werbenden Anbietern und umworbenen Nachfragern zu bringen. Um nur ein Ergebnis zu nennen: Franke weist nach, daß die in empirischen Untersuchungen zur Konzentrationswirkung der Werbung vielfach benutzte Werbeintensität (Werbeaufwand bezogen auf den Umsatz) gerade unabhängig von der Anbieterzahl ist.

So weit gespannt der Bogen der Untersuchung ist, so komprimiert ist die Darstellung. Dies als Warnung an den Leser: Die Lektüre dieses Buches ist nicht einfach, aber lohnend.

Tycho Seitz, Tübingen

Alois Fischer: Die Struktur von Wirtschaftsräumen. Ein Beitrag zur Anwendung statistischer Methoden in der Regionalforschung. Wiesbaden 1969. Franz Steiner. 124 S.

Den Kern der Arbeit bildet eine faktoranalytische Untersuchung, die für zwei westdeutsche Regionen (ungefähr übereinstimmend mit Württemberg, Siegerland) durchgeführt wird. Als Datenbasis dient die nichtlandwirtschaftliche Gesamtbeschäftigtenzahl, was jedoch erst im Laufe der Lektüre erraten werden muß. Die Beschäftigtenzahl eines jeden Untersuchungsgebietes wird räumlich nach Landkreisen und sachlich nach Wirtschaftszweigen gemäß der amtlichen Systematik aufgegliedert. Jeder Wirtschaftszweig kann nunmehr mit jedem anderen über die Landkreise korreliert werden. Aus den entsprechenden Korrelationsmatrizen werden dann jeweils fünf Faktoren extrahiert. Als überall entscheidender Wirtschaftsfaktor kann in überzeugender Weise der Dienstleistungssektor identifiziert werden. Die übrigen Faktoren sind geringer an Bedeutung und drücken die standortbildende Tendenz bestimmter anderer Wirtschaftszweige aus. Dieses durchaus beachtliche Ergebnis wird leider nicht im Lichte moderner theoretischer Überlegungen und anderer empirischer Resultate kommentiert.

Demgegenüber werden die faktoranalytischen Resultate verwandt, um eine „Strukturmeßzahl“ zu entwickeln und darauf aufbauend eine Typisierung von Stadt- und Landkreisen durchzuführen. Wenn diese Methode auch wertvolle Einsichten in die räumliche Wirtschaftsstruktur der Untersuchungsgebiete liefert, so dürfte sie doch überzogen sein, wenn auf die relative Bedeutung von „nahbedarfstätigen“ und „fernbedarfstätigen“ Bereichen geschlossen wird. Dies gilt um so mehr, als im Rahmen der Exporthasentheorie (vom Verfasser gewählte, treffende Übersetzung für die Konzeption der „economic base“) einfachere und zuverlässigere Methoden erdacht wurden, um derartige Aspekte zu beschreiben — etwa der „Minimum Requirements Approach“ von *Ullman* und *Dacey*; allerdings werden diese Fragen nicht diskutiert.

Es fällt angenehm auf, daß der Verfasser seiner Datenbasis betont kritisch gegenübersteht und sie einer eingehenden Diskussion unterzieht. Es konnte nicht Aufgabe der Untersuchung sein, die analytischen Methoden ebenso eingehend zu prüfen. Immerhin wurde versucht, die Faktoranalyse den damit nicht vertrauten Lesern wenigstens intuitiv nahe zu bringen. Wer sich über diese Fragen informieren will, wird jedoch nicht umhin können, auf andere Literatur zurückzugreifen. Darüber hinaus werden einige — keineswegs alle — elementaren Techniken und analytischen Konzeptionen der Regionalforschung besprochen, die z. T. jedoch nur wenig Bezug zu den Kernproblemen der Arbeit haben, so etwa der location-Quotient. Eher noch stehen die Fragen einer statistisch fundierten Abgrenzung von Wirtschaftsräumen, wie sie zu Beginn der Arbeit abgehandelt werden, in einem Zusammenhang mit den späteren Problemen. Schließlich ist die Faktoranalyse der wohl beste Weg, „homogene“ Wirtschaftsregionen abzugrenzen.

zen, und die vom Verfasser ermittelten Kreistypen bilden näherungsweise derartige Wirtschaftsregionen.

Obleich die Untersuchung nicht völlig abgerundet ist und darüber hinaus an mehreren Stellen einer Detailkritik Angriffsfläche bietet, handelt es sich doch um eine lesenswerte Studie für jedermann, der an Fragen der Regionalforschung interessiert ist.

Horst Todt, Hamburg

Otmar Emminger: Währungspolitik im Wandel der Zeit. Frankfurt a. M. 1966. Fritz Knapp. 264 S.

Die Aufsätze und veröffentlichten Vortragsmanuskripte Otmar Emmingers sind für jemand, der sich über den wirtschaftlichen Verlauf in der Bundesrepublik und in Westeuropa seit den fünfziger Jahren informieren und sich über währungspolitische Fragen ein Urteil bilden will, kaum zu entbehren. Neben dem unvergessenen Eduard Wolf hat unter den leitenden Männern der westdeutschen Zentralbank vor allem Emminger in unübertrefflicher Klarheit und Kenntnis einschlägiger Fakten sowie mit bedeutendem Verständnis für Grundsatzfragen zu jeweils aktuellen Fragen der deutschen und westeuropäischen Währungspolitik und des internationalen Währungssystems Stellung genommen. In der oben genannten Schrift sind Vorträge und Aufsätze aus den fünfziger Jahren und der ersten Hälfte der sechziger Jahre zusammengestellt. Inzwischen ist seit dem Erscheinen des Buches so viel Zeit vergangen, daß man bereits das Erscheinen einer weiteren Schrift wünschen möchte, die sich auf die Zeit seit 1966 bezieht. Zum Inhalt der hier angezeigten Schrift mögen nur einige, die Thematik der Vorträge und Aufsätze andeutende Stichworte genannt werden: Zahlungsbilanzfragen; Inflation und Wachstum; Möglichkeiten zur Bekämpfung der schleichenden Inflation; solide Währungspolitik als Grundlage der europäischen Wirtschaftsunion; Fragen der Konvertierbarkeit; kapitalmarktpolitische Fragen; Grundfragen der internationalen Währungsordnung und -reform; die Rolle des Goldes im internationalen Währungssystem. Emminger äußert sich jeweils als Interpret der von ihm mitgestalteten Notenbankpolitik. In der Bundesrepublik hat es für die zurückliegenden zwei Jahrzehnte leider keinen Autor von vergleichbar hohem Grad gegeben, der ähnlich umfassend und qualifiziert zu einschlägigen Fragen aus der Sicht der Regierung Stellung genommen hätte. Es wird dem Leser der Beiträge Emmingers somit nicht immer leicht gemacht zu erkennen, inwieweit von verantwortlichen Politikern, etwa unter Bezugnahme auf die vielfältigen durch den Römischen Vertrag und durch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verbindlich gemachten Zielsetzungen, Auffassungen vertreten worden sind, die von den Thesen und Argumenten eines Notenbankpolitikers abweichen. Deutlich wird beim Studium der Schrift, daß Entscheidungen der Regierung zur Währungspolitik unvermeidlich auf Kompromisse angewiesen sind, die nicht stets zum Vorteil der monetären Stabilität ausfallen. Die Dar-

legungen des Autors machen im übrigen implizite sehr klar, wie sehr das Schicksal der Währung selbst bei einem relativ hohen Grad der Unabhängigkeit der Notenbank von Entscheidungen der Parlamente und Regierungen abhängig ist.

Auch Dozenten und Studierende der Wirtschaftswissenschaften können hierzulande auf das Studium von Publikationen Emmingers schwerlich verzichten. Nicht zuletzt deshalb, weil der Autor veranschaulicht, wie sehr Urteile über währungspolitische Fragen auf Kenntnisse der jeweiligen Situation, Details nicht ausgenommen, angewiesen sind, und zwar auch dann, wenn die Fakten nicht gefallen und man sie ändern will. Der Interpret, erst recht der Fürsprecher einer bestimmten Notenbank- oder Regierungspolitik wird freilich, kaum vermeidbar, von den Verhältnissen jeweils eine Darstellung liefern, die implizite oder explizite seine Beurteilung der Lage und die getroffenen Entscheidungen rechtfertigt. Wer etwa über die Rolle des Goldes im Währungswesen oder über Wechselkursfragen oder die schleichende Inflation Auffassungen hat, die mit der betriebenen Notenbank- oder Regierungspolitik nicht übereinstimmen, wird mit guten Gründen auch die Akzente der Darstellung von Sachverhalten anders setzen können. Auch das ließe sich bei Analyse der Schrift, von der hier die Rede ist, veranschaulichen.

Rudolf Meimberg, Mainz

Werner Steuer: Die Aufwertungsspekulation. Untersuchung der Ursachen, Wirkungen und währungspolitischen Gegenmaßnahmen am Beispiel der Deutschen Mark. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 180 S.

In der Literatur zur Aufwertungsdebatte gibt es verschiedene Richtungen. Zwischen der Empfehlung, grundsätzlich den Wechselkurs einer aufwertungsbedrohten Währung freizulassen, d. h. seine Anpassung freizugeben, und dem Vorschlag, den Wechselkurs festzuhalten, gibt es eine Reihe von weiteren Konzepten, die weitgehend interventio-nistischer Art sind.

Die Schrift *Steuers* bietet zu dieser Diskussion einen besonderen Beitrag. Sie behandelt nicht so sehr die Ursachen und die Möglichkeiten und Wirkungen der Aufwertung, wie vielmehr die einer jeden Aufwertung vorausgehende Spekulation.

Der Verfasser will vor allem die Paritätsänderungsspekulation — als Aufwertungsspekulation i. e. S. — und die gegen sie gerichteten Devisenmarktinterventionen kritisch untersuchen. *Steuer* geht dabei von der bemerkenswerten These aus, daß die vielen dirigistischen Eingriffe in die Devisenmärkte ohne Kenntnis der stabilisierenden Rolle der Spekulation vor sich gehen. Seine spezielle Kritik gilt den genannten Interventionen.

Der Verfasser gliedert sein Buch in vier Teile zu folgenden Themen: Die Ursachen (Teil I), die Wirkungen (Teil II), die Gegenmaßnahmen (Teil III), Zusammenfassung und Schlußfolgerungen (Teil IV). Gemeint sind Ursachen und Wirkungen der Aufwertungsspeku-

lation; die dargestellten Gegenmaßnahmen richten sich gegen die Spekulation. In den einzelnen Teilen beschäftigt sich Steuer eingehend mit den Teilthemen. In Teil I (Ursachen) werden neben der Regelung der Wechselkurskorrektur im Bretton-Woods-Vertrag und neben der Wirkung von Paritätsveränderungen auf die internationalen Kreditbeziehungen vor allem die Dispositionen der Devisenmarktteilnehmer bei Aufwertungserwartungen behandelt. Diese werden detailliert analysiert. Es werden zunächst Aufwertungsdevisengeschäfte zur Ausschaltung von Aufwertungsverlusten dargestellt. Im Anschluß daran wird die „passive“ und die „aktive“ Aufwertungspekulation zur Erzielung von Gewinnen beschrieben.

Hier fragt es sich, ob der Verfasser nicht besser getan hätte, die ersten beiden Abschnitte dieses Teils noch ausführlicher zu behandeln und dabei den Stoff noch besser zu gliedern. Dabei wäre eine weitere Ursache, nämlich die relative Unbeweglichkeit der Wechselkurse des modernen Währungssystems, deutlicher herausgestellt worden. Auch die Tatsache, daß die Aufwertung erst dann durchgeführt wird, wenn alle anderen Mittel zur Eindämmung eines Zahlungsbilanzungleichgewichts versagen, wäre dann als wesentliches Motiv für eine Aufwertung herausgerückt worden. Dieser an sich gut gelungene, wenn auch relativ kurz geratene Teil hätte im übrigen dadurch gewonnen, wenn nach aufwertungsdirekten und aufwertungsindirekten Ursachen unterschieden worden wäre.

Im zweiten Teil behandelt der Verfasser ausführlich die Wirkungen der Aufwertungspekulation auf die Kursbildung an den Devisenmärkten und auf die Währungsreserven unter Verwendung der Erfahrungen der Spekulationsphasen 1956/57 - 1960/61 und 1963/64.

Im dritten Teil beschreibt der Verfasser die Maßnahmen, die gegen die Aufwertungspekulation ergriffen werden können. Im einzelnen handelt es sich hierbei 1. um Maßnahmen zur Abschwächung der Spekulationsneigung (Intervention an den Devisenmärkten, Dementierung von Aufwertungsgerüchten, Maßnahmen zur Dezentralisierung der Devisenreserven) und 2. um Maßnahmen zur Abschöpfung spekulationsbedingter Liquiditätszuflüsse (Mindestreservepolitik, Offenmarktpolitik, Swappolitik). Dieser Teil ist stark angereichert mit Darstellungen über Einsatz und Wirkung der einzelnen erwähnten Maßnahmen in den vergangenen Spekulationsphasen. Der Text hätte durch grundsätzliche theoretische Erörterungen zweifelsohne stark gewonnen. In der Behandlung der Grenzen der einzelnen Maßnahmen wird dies besonders deutlich.

Der vierte Teil bringt vor allem Vorschläge zur Abwehr von Spekulationen, die im Hinblick auf Paritätsänderungen erfolgen.

Diese interessante und im Rahmen ihrer Zielsetzungen gut gelungene Schrift leidet etwas daran, daß sie teilweise stark deskriptiv gehalten ist. Im übrigen sind einzelne Abschnitte relativ knapp geraten. Ein instruktives Literaturverzeichnis und eine beachtliche Absiche-

rung durch Verweise und Textauszüge in den Fußnoten machen diese Mängel zum Teil wieder wett.

Hans Kasten, Frankfurt/M.

Oswald Hahn: Die Währungsbanken der Welt. I. Band: Institutionen und Organe. II. Band: Die Abhängigkeiten der Zentralbankleitung. Stuttgart 1968. C. E. Poeschel. 182 u. 244 S.

So wichtig seit langem weltumfassende Beschreibungen der Notenbanken der Welt sind, so selten sind sie. Es gibt zwar seit 1926 Ansätze hierzu — bezogen jeweils auf einen Teil der Notenbanken. Eine umfassende Analyse des Notenbankwesens legt Hahn in zwei Bänden vor, die allerdings auch nur als ein Teil einer großen Untersuchung verstanden sein will. Das Gesamtwerk soll drei Bände umfassen. Während der erste Band den Trägern der Währungspolitik gewidmet ist, befaßt sich der zweite Band mit den Abhängigkeiten der Zentralbanken. Der dritte Band soll dem währungspolitischen Instrumentarium gewidmet sein.

Das vorgelegte Werk ist als „Betriebsvergleich“ gedacht. Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen dabei die Bank- und Währungsgesetze. Allerdings umfaßt die Analyse nicht alle Notenbanken. Die Materialbeschaffung über einige Notenbanken des Ostens stieß auf unüberwindliche Schwierigkeiten.

Der erste Band befaßt sich mit der Typologie der Notenbanken selbst. Nach einer ausführlichen Behandlung der mannigfaltigen Typen der Währungsgebiete und ihrer verschiedenartigen Bindungen untereinander behandelt der Verfasser die Notenbanken als Emissionsinstanzen. Alsdann untersucht Hahn die verschiedenartigen Zentralbankorgane.

Den zweiten Band widmet der Verfasser den Abhängigkeitsverhältnissen, die für die einzelnen Notenbanken maßgebend sind. Nach einer Darstellung der Abhängigkeitsarten und der Abhängigkeitsträger wendet sich Hahn den Gefahren einer „abhängigen“ und einer „unabhängigen“ Zentralbankleitung zu. Sodann analysiert er umfassend das „Wie“ der Abhängigkeitsverhältnisse (z. B. hinsichtlich der Zielsetzungen der Notenbank).

Die Darstellungen sind außerordentlich stark aufgegliedert. Dies ergibt einerseits eine erhebliche Straffung des Textes — andererseits aber eine eingehende Analyse der für die Währungsbanken der Welt maßgebenden, sehr differenzierten Verhältnisse. Daraus resultiert wiederum eine bis ins einzelne gehende Typisierung. Ursache dieser vielfältigen Aufgliederung und Typisierung sind vor allem die von Land zu Land außerordentlich stark differierenden Währungsgesetze.

Zweifelsohne hat diese z. T. recht mühsame Arbeit einen erheblichen Wert für die künftige Währungspolitik. Sie schafft mit Hilfe der vorgenommenen Typisierung eine erhebliche Transparenz über die Bedingungen, unter denen Währungspolitik in den einzelnen Ländern betrieben wird. Sie hilft damit, Korrekturen an den institutionellen Vor-

aussetzungen der nationalen Währungspolitik vorzubereiten. Nicht zuletzt kann sie eine wichtige Grundlage für die Erkenntnis sein, daß im Rahmen einer effizienteren internationalen Währungs Kooperation künftig eine bessere Übereinstimmung zwischen den Währungsgesetzen der einzelnen Länder hergestellt werden muß. Es ist zu wünschen, daß dem Werk Hahns wenigstens ein Teilerfolg in dieser Richtung vergönnt sei.

Hans Kasten, Frankfurt/M.

Lothar Hübl: Bankenliquidität und Kapitalmarktzins. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 155 S.

Die Fragestellung dieser Arbeit besteht, auf einen kurzen Nenner gebracht, darin, ob zwischen der Liquiditätsentwicklung des Bankensystems und der Zinsentwicklung am inländischen Kapitalmarkt ein Zusammenhang besteht und wie dieser beschaffen ist — eine Analyse, die von aktueller wie grundsätzlicher Relevanz ist. Die aktuelle Bedeutung braucht nicht besonders angeführt zu werden; von grundsätzlicher Bedeutung ist die Frage nicht nur für die Kreditinstitute, sondern vor allem auch für die investierenden Wirtschaftseinheiten — Unternehmen —, für den Staat als Kapitalnachfrager sowie als Konjunkturpolitik betreibender Sektor und für die Deutsche Bundesbank hinsichtlich „timing“ und Dosierung ihres kreditpolitischen Instrumentariums. Wenngleich die hier anzuzeigende Arbeit letzte und allgemeingültige Entscheidungshilfen für jene nicht vermitteln kann — der Autor erhebt diesen Anspruch auch gar nicht —, so scheint mir doch, daß sie von der Methode her weitere mit evtl. verfeinerten statistischen Verfahren arbeitende Analysen verwandter Art anzuregen vermag und daß sie von den Ergebnissen her zur weiteren Diskussion anzuregen und beizutragen in der Lage ist. Diese Diskussion ergibt sich bekanntlich seit langem aus gewissen strukturellen Eigenarten des deutschen Kapitalmarktes: seiner sog. Geldmarktabhängigkeit, der dominierenden Rolle der Kreditinstitute auf ihm, u. a. m.

Da gerade der deutschen Universalbank nachgesagt — und vorgeworfen — wird, den Kapital-, speziell den Rentenmarkt rein geschäftspolitisch bestimmten „Wechselbädern“ zu unterwerfen, resultierend aus ihrer Liquiditätslage und der Nachfrage nach Direktkrediten, scheint die eingangs angeführte Frage nach dem „Ob“ ohne weiteres zu bejahen zu sein; es ist jedoch zu begrüßen, daß Hübl dieses „Ja“ genauer analysiert. Diese Analyse beruht auf einer Zeitreihenuntersuchung für zehn Jahre (1958 bis einschließlich 1967), basierend auf Monatswerten. Die unabhängige Variable „Liquidität“ wird im Sinne der Köhlerschen Definition als „Liquiditätssaldo“ ausgesetzt (= Differenz aus Einlagen von Nichtbanken und Krediten an Nichtbanken); dieser Liquiditätssaldo, ins Verhältnis zu den Einlagen von Nichtbanken gesetzt, ergibt die den späteren Regressions- und Korrelationsanalysen zugrunde gelegte „Liquiditätsquote“. Die abhängige Variable Kapitalmarktzins wird vereinfachend — möglicherweise *sehr* verein-

fachend — als Effektivverzinsung (Hübl spricht von „Rendite“) von mit 6 % nominal verzinslichen Pfandbriefen für „den“ Rentenmarkt und als vom Statistischen Bundesamt errechnete (durchschnittliche) Aktienrendite (Dividendenrendite) für den Aktienmarkt der Untersuchung zugrunde gelegt.

Nach ausführlicher Diskussion des „Systems des Liquiditätssaldos“ (S. 25 ff.) und vor allem der Determinanten der Zinshöhe am Kapitalmarkt nach Angebot und Nachfrage (S. 37 ff.) sowie einer grundsätzlichen Beurteilung der Abhängigkeiten zwischen Liquiditätssaldo und Kapitalmarktzins (S. 63 ff.) folgt die m. E. den Kern der Untersuchung bildende empirische Durchleuchtung der eingangs gestellten Frage (S. 85 ff.). Die exaktere statistische Analyse bedient sich des Korrelationskoeffizienten von *Pearson* (bei Prüfung der Ergebnisse mittels Null-Hypothese). Weiter werden die Entwicklung der genannten Effektenkurse mit von verschiedenen Stellen (Deutsche Bundesbank, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) sowie nach dem Liquiditätssaldosystem errechneten Liquiditätsquotenentwicklungen analysiert. Die sich hieraus und aus anderen Rechnungen ergebenden Resultate sind instruktiv, wenngleich stets unter den gegebenen Voraussetzungen zu beurteilen (Art des Zahlenmaterials, verwendete Verfahren usw.). Hübl zeigt einen im allgemeinen hohen Grad an Zusammenhang zwischen den Zeitreihenentwicklungen der angeführten Größen auf. Aus seinen Ergebnissen schließt der Autor unter anderem: „Die vorliegende Untersuchung . . . zeigt, daß bei hoher Liquidität die Nachfrage nach Titeln ebenfalls hoch ist. Auf der anderen Seite wird hohe Liquidität aber auch einen Einfluß auf das Angebot ausüben. Das Angebot an zirkulierenden Titeln, das zur Liquiditätsbeschaffung dienen soll, wird infolge der Verflüssigung geringer sein. Ob Neuemissionen, vor allem von festverzinslichen Wertpapieren, nachlassen, kann a priori nicht gesagt werden. Durch die Auflage von Anleihen werden langfristige Vorhaben finanziert, die nicht so stark von einer kurzfristigen Liquiditätsentwicklung beeinflußt werden. Bei hoher Liquidität und damit hohen Kursen werden dennoch alle Emittenten geneigt sein, neue Wertpapiere zu begeben, da sie mit sicherem Absatz und einem guten Ausgabezins rechnen können“ (S. 109). Dies sind Schlußfolgerungen, die teilweise sicherlich noch weitergehender und differenzierterer Diskussion bedürfen. — Interessant schließlich der — nur auf wenigen Seiten angedeutete — Ansatz, die Entwicklung von Projektionsmodellen für Kapitalmarktkurse zu versuchen.

Hans E. Büschgen, Köln

Professoren-Kolloquien der Adolf-Weber-Stiftung: Kosten der sozialen Sicherung. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 111 S.

Das Kolloquium 1969 über die Kosten der sozialen Sicherung gipfelte in zwei wesentlichen Feststellungen: Hans *Achinger* kam in seinem Referat zu dem Schluß, daß die Institutionen der sozialen Siche-

rung keine relevanten Beiträge zur Gewinnung sozialer Daten liefern. Helmut *Meinhold* steckte die wirtschaftlichen und sozialen Grenzen für die Tragbarkeit von Soziallasten im einzelnen ab und machte deutlich, daß die Entscheidung über die Tragbarkeit von Soziallasten letztlich von Werturteilen abhängt.

Im Mittelpunkt des Kolloquiums 1970 stand das Referat von Rudolf *Gunzert* über „Neue Möglichkeiten einer allgemeinen Morbiditätsstatistik“. Auch hier zeigte sich, daß die Diskutanten den sehr informativen Ausführungen über die Primärstatistik von Krankheitsbehandlungsfällen des Instituts für medizinische Statistik außer einigen Anregungen keine Alternative entgegensetzen konnten.

Rochus Castner, Nürnberg

Heinz Allekotte: Ansätze zur Fortführung der Reform der gesetzlichen Rentenversicherung unter besonderer Berücksichtigung von Organisationsfragen (aufgezeigt anhand zweier rezenter Gutachten: Sozialenquête, BRD, und PASS, Argentinien). Berlin 1970. Duncker & Humblot. 200 S.

Unter dem wenig anspruchsvollen Titel legt der Verfasser eine Studie vor, die nicht nur die beiden angeführten Gutachten und eine Fülle neuester Literatur auswertet, sondern sich auch durch bemerkenswerte eigene Überlegungen und Vorschläge auszeichnet. Allekotte scheut sich nicht, mit einigen mancherorts liebgewordenen und ideologiebedingten Vorstellungen aufzuräumen wie mit der Bedeutung der Selbstverwaltung, der Überlegenheit des Kapitaldeckungsverfahrens, der Beeinträchtigung von Privatinitiative und Selbstvorsorge durch öffentliche soziale Sicherung. Er überzeugt dabei nicht durch Polemik, sondern durch Fakten. Im einzelnen plädiert er für 1. die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung, um diese zu einer echten und vollständigen Solidargemeinschaft zu machen, 2. eine stärkere Konzentration der Versicherungsträger mit dem Ziel, die Vorteile der Datenverarbeitung zu nutzen, wobei die Ausführungen über die optimale Betriebsgröße besonders eindrucksvoll sind, 3. transparente Bestimmungen, die dem Versicherten — in Anlehnung an die geltende Rentenformel und ein Punktsystem — die unkomplizierte Berechnung seiner Rente ermöglichen, 4. einen Korrekturfaktor bei Einführung der flexiblen Altersgrenze, 5. die Ausrichtung der Renten am Nettoeinkommen der Erwerbstätigen.

Die Verbindung von sozial- und wirtschaftspolitischen, betriebswirtschaftlichen und soziologischen Gesichtspunkten erweist sich als sehr fruchtbar. Buch und Verfasser sind die Beachtung und Anerkennung zu wünschen, die sie verdienen.

Rochus Castner, Nürnberg

Kurt Schmidt und Eberhard Wille: Die mehrjährige Finanzplanung — Wunsch und Wirklichkeit. Tübingen 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 132 S.

Ein mit viel Vorschußlorbeeren bedachtes Instrument der Finanzpolitik nennen die Verfasser im Vorwort den Finanzplan, und sie sind der Meinung, daß es „bisher nicht das gehalten (habe), was von ihm erwartet worden ist“. Damit ist das Urteil vorweggenommen, zu dem die Verfasser gelangen, indem sie die bisherigen Finanzpläne der Bundesrepublik am Idealbild des Finanzplanes messen.

Der Erarbeitung dieses Idealbildes ist nach einer Einführung (A) der erste Hauptabschnitt (B) unter dem Titel „Grundfragen der mehrjährigen Finanzplanung“ gewidmet. Die Verfasser beschäftigen sich hier mit dem Problem der längerfristigen Zielprojektion, mit der Bestimmung der Eckwerte und mit den Merkmalen und Funktionen eines Finanzplanes. Der folgende Hauptabschnitt (C) schildert Entstehung und Entwicklung der Finanzplanung der Bundesregierung. Schon hier setzt die Kritik ein, die dann im folgenden und letzten Abschnitt (D) weitergeführt und systematisiert wird, wobei dieser Abschnitt auch weitere Ansätze zu einer Theorie des Finanzplans enthält. Zuzustimmen ist der hier von den Verfassern vertretenen These, daß es Alternativprognosen geben solle und daß eine Regierung gut beraten sei, „wenn sie (wegen der Ungewißheit der zukünftigen Entwicklung) mehrere Vorhersagen in Betracht zieht“; denn „bei Planvarianten wissen die Adressaten . . . , was die Regierung bei unterschiedlicher Wirtschaftslage zu tun gedenkt“ (S. 90).

Der Rezensent ist aber im Gegensatz zu den Verfassern der Auffassung, daß diese positive Beurteilung auch für Zielalternativen gilt. Auch solche können am Platze sein, wenn nämlich eine alternativ prognostizierte Entwicklung die Regierung veranlaßt (oder sogar zwingt), unter anderen Umständen gesetzte Schwerpunkte zu verschieben. Auch Zielalternativen können dazu dienen, „stärkere Schwankungen im Wirtschaftsablauf aufzufangen“ (S. 90).

Bei aller Kritik der bisherigen Finanzplanung, die keineswegs nur gegenüber dem deutschen Fall berechtigt ist, darf nicht übersehen werden, daß die Finanzplanung allenthalben noch jungen Datums und der Verbesserung durchaus fähig ist. Ihr vermag auch die vorliegende Veröffentlichung gute Dienste zu leisten. Theo Keller, St. Gallen

Horst Zimmermann: Öffentliche Ausgaben und regionale Wirtschaftsentwicklung. Basel und Tübingen 1970. Kyklos-Verlag und J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 331 S.

Das Buch stellt eine kritische Auseinandersetzung mit der bisherigen Theorie der Regionalentwicklung dar und konzentriert sich auf das Instrument der öffentlichen Finanzhilfen in der BRD. Im Mittelpunkt

steht der Gedanke, daß angesichts der Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte die Analyse der regional *nicht* gezielten Ausgaben vorrangig ist, da die Ausgaben für regionale Förderungsprogramme in der BRD weniger als 10 % des Haushaltsvolumens ausmachen.

Das üblicherweise in der Praxis nicht lösbare Artikulationsproblem bei der Zielformulierung und -präzisierung wird an zehn Jahren Ziel-diskussion bis zum Raumordnungsgesetz der BRD veranschaulicht, und als Ergebnis festgehalten, „daß der bisherigen Debatte um die Raumordnungspolitik des Bundes, soweit sie sich in offiziellen Dokumenten geäußert hat, kaum Zielvorstellungen entnommen werden können“ (S. 75). Die Mittel werden in Gesetze und Verordnungen einerseits, finanzielle Maßnahmen andererseits unterschieden, wobei der Vorrang der Ausgabenpolitik begründet wird.

Die regionale Wirkung der Ausgaben im Bundeshaushalt, soweit sie nicht auf regionale Förderungsprogramme entfallen, ist weitgehend unerforscht. Der Autor schlägt als Schritte einer regionalen Inzidenzanalyse vor: Zunächst lassen sich aus der großen Zahl der Ziele, die von den Ressorts verfolgt werden, einige herausgreifen, die regionalpolitisch unmittelbarer relevant sind als andere (z. B. Verkehrsinvestitionen). In einem zweiten Schritt können aus dem Rest der regional nicht gezielten Ausgaben diejenigen gesondert analysiert werden, deren Bemessungsgrundlagen von regionalpolitischer Bedeutung sein könnten (z. B. Sozialleistungen pro Kopf in sog. „Rentnerstädten“). Dabei stellen sich die technischen Probleme einer aussagefähigen Abgrenzung der Regionen mit der Ermittlung der regionalspezifischen statistischen Daten, die in der Ausgabenstatistik des Bundes nur in wenigen Fällen verfügbar sind, sowie die Frage der Bildung sinnvoller Maßzahlen (Haushaltsausgaben pro Kreis oder pro Kopf einer Region, Anteilsquotienten der Regionen, Lorenzkurven als Lokalisationskurven für regionale Verteilungen). Für die Analyse der effektiven Wirkungen der so ermittelten Ausgabenströme in einer Region werden vorgeschlagen: die regionale Input-Output-Analyse für die Erfassung der intra- und interregionalen Produktionsverflechtung; die Pendlerstatistik, die Analyse der Einkaufsgewohnheiten und die Multiplikatoranalyse für die Erfassung der regionalen Verwendung der Einkommen; sowie Befragungsmethoden zur Erfassung von Verhaltensweisen und Einstellungen. Das fruchtbarste Verfahren sieht der Verfasser in der empirischen Einzelfallstudie.

Im zweiten Drittel des Buches wird eine statistische Analyse der regionalen Verteilung der Beschaffungsausgaben des Verteidigungshaushaltes der BRD, beschränkt auf die Inlandskäufe des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz für das Jahr 1960, vorgelegt. Jeder der 17 500 Aufträge war mit einer Reihe von Merkmalen auf einer Lochkarte gespeichert. Für die Analyse wurde ein besonderer Regionalcode erarbeitet. Die der Auswertung des Materials zugrunde gelegte Hypothese lautete: Die Verteidigungskäufe werden wegen der erforderlichen technischen Qualifikationsanforderungen, der Notwen-

digkeit der Geheimhaltung und der mangelnden Teilbarkeit vieler Großaufträge zu einem überproportional großen Teil in Ballungsgebieten, dagegen nur zu einem unterproportional kleinen Teil in wenig entwickelten Regionen getätigt. Diese Hypothese wurde durch die Analyse voll bestätigt: Überproportionale Anteile — bezogen auf die Bevölkerung — erhielten vor allem München, ferner das Rhein-Main-Gebiet, Köln und Hamburg. Relativ gering ist der Anteil des Ruhrgebietes, das statt dessen aber überproportional viele Entwicklungsaufträge erhält. Die unterentwickelten Regionen sind bei der Verteilung des Auftragsvolumens unterrepräsentiert.

Die übrigen Ausgaben des Bundes lassen sich nach dem verfügbaren statistischen Material nur in Umrissen abschätzen. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, „daß die ungünstige Wirkung der Verteidigungsausgaben, die unterentwickelte Regionen unterproportional, überentwickelte Regionen dagegen überproportional zu ihrem Entwicklungsstand begünstigen, in dieser Schärfe in den übrigen Haushalten nach den bisherigen Ergebnissen keine Entsprechung fand. Diese Vermutung wird bestätigt, wenn man einen Blick auf die gesamten Bundesausgaben des Jahres 1965 wirft, soweit sie vom Bundesfinanzministerium nach Ländern aufgegliedert werden konnten“ (S. 215). Für die Erfassung der konkreten Folgewirkungen wird auf die Notwendigkeit von empirischen Einzelfallstudien hingewiesen.

Der dritte Teil des Buches widmet sich der Frage, inwieweit Ausgaben des Zentralstaates überhaupt als Instrument einer regionalen Entwicklungspolitik wirksam eingesetzt werden können. Dabei wird unterschieden nach direkten Incentives für Unternehmen und private Haushalte einerseits und nach Infrastrukturausgaben andererseits, die ebenfalls unternehmens- und haushaltsorientiert sein können. Der Verfasser meint zur Wirkung von Incentives auf Neugründungen und Erweiterungen von Unternehmen: Die in der Diskussion vorgebrachten „Hypothesen sind z. Z. nicht bewiesen, widersprechen sich aber in so starkem Maße, daß wohl nur eine empirische Untersuchung Klarheit schaffen kann“ (S. 224). Kontrovers ist ebenso die Frage, welche Branchen und welche Betriebsgrößen gefördert werden sollen. Bei den regionalpolitisch gezielten Zahlungen an private Haushalte stehen diejenigen für Umsiedlung und Ausbildung im Vordergrund. Sie können jedoch nicht alle Hindernisse überwinden, insbesondere nicht bei der Ansiedlung von Arbeitnehmern in unterentwickelten Regionen. Die unternehmensorientierte Infrastruktur wird unterschieden nach Anforderungen an den Betriebsort, die Ausstattung des Betriebsgeländes und die Verbindung mit der Außenwelt. Bezüglich des Betriebsortes betont der Verfasser mit Recht, daß entscheidend sei, ob eine Reihe von Leistungen überhaupt vorhanden ist, und zwar nicht nur für den Betrieb als solchen, sondern auch für die Wohn- und Lebensverhältnisse der Arbeitskräfte. Der Verfasser vertritt die Auffassung: „Ganz allgemein scheint es auf diesem Gebiet des Zusammenhangs zwischen Infrastruktur und unternehmerischer Standortentscheidung nunmehr

wichtiger zu sein, gezielte Befragungen durchzuführen und Ergebnisse der Unternehmersonziologie anzuwenden, als bei diesem Stand des empirischen Wissens weiterhin nur mit Annahmen über den Einfluß der Infrastruktur auf die wirtschaftliche Entwicklung unterentwickelter Regionen zu arbeiten“ (S. 243).

Bei der haushaltsorientierten Infrastruktur wird besonders auf die Wohnortfaktoren, d. h. auf das Wohnungsangebot selbst, das Schulwesen (insbesondere höhere Schulen) und den Freizeitwert einer Stadt hingewiesen. Der Verfasser schlägt vor, das Gewicht der Faktoren auf dem Wege der Erfragung der Einschätzung der Arbeitnehmer zu ermitteln. Zur bestehenden Theorie der Regionalpolitik kommt der Verfasser zu einem deutlichen Urteil: die heute in der Diskussion im Vordergrund stehenden Methoden seien „ungeeignet und an ihre Stelle müßte eine Art ‚regionale Theorie mittlerer Reichweite‘ treten“, und dieser Theoriebereich sei zwischen „weitgehender Abstraktion mit ceteris-paribus-Klauseln einerseits und vollüberprüfbaren Miniaturhypothesen andererseits zu suchen“ (S. 251). Unter Verzicht auf allgemeine Gleichgewichtsmodelle ohne inhaltlich brauchbare Aussagen sollten Verhaltensforschung, Input-Output- und Multiplikatoranalyse kombiniert werden. Die „Regionaltheorie mittlerer Reichweite“ würde sich also als ein System von Aussagen darstellen, die teils die Form empirisch überprüfbarer Hypothesen über Verhaltensweisen etc. hätte, teils aus statistischen ex post-Werten zusammengesetzt wären, und die in ihrer Gesamtheit einen Zusammenhang zwischen dem vorgegebenen Ziel und dem ausgewählten ausgabenpolitischen Instrument herzustellen suchen“ (S. 254). „Die allgemeinen Erkenntnisse über tendenzielle Wirkungen, grobe Hypothesen usf., die sich aus der tautologischen Transformation bereits vorhandener Erkenntnisse gewinnen lassen, sind zu allgemein und undifferenziert, als daß der Aufwand bei dieser speziellen Fragestellung lohnen könnte. Verglichen mit dem Erkenntniswert eines solchen Verfahrens ist jedes Stück zusätzlicher empirischer Information soviel wertvoller für eine derartige ‚Theorie der Politik‘, die sich ausschließlich an der Anwendbarkeit mißt, daß der Schwerpunkt der Forschung damit vorgegeben sein dürfte“ (S. 255).

Eine Strategie der Regionalpolitik setzt eine präzisere Artikulierung der politischen Ziele voraus. Hierbei schlägt der Verfasser detaillierte Befragungen der Politiker oder der betroffenen Bevölkerungsgruppen oder die Auslösung einer Zieldiskussion unter den am Willensbildungsprozeß beteiligten Personen vor.

Die Wahl der regionalpolitischen Strategie zur Induzierung einer langfristigen Einkommenserhöhung in einer Region wird sich auf Faktor- und nicht auf Transfereinkommen konzentrieren müssen, dabei primär auf Arbeitseinkommen und nicht auf Kapitalzins oder Grundrente und dabei wiederum vor allem im Bereich der Industrieförderung. Der Verfasser betont die Grenzen der derzeitigen wissenschaftlichen Hilfestellung bei der Formulierung von Strategien und bei der Erfolgsmessung und meint, daß „das faire Eingeständnis, daß die Wis-

senschaft hier keine exakten Aussagen mehr machen kann, für das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft langfristig am fruchtbarsten sein dürfte“ (S. 283).

Abschließend werden die technischen und politischen Möglichkeiten einer Regionalpolitik mit öffentlichen Ausgaben diskutiert. Bei den regionalpolitisch ungezielten Ausgabenblöcken bietet sich bei Käufen die Bevorzugung von Bewerbern aus Fördergebieten an. Bei Personalausgaben sind die Möglichkeiten beschränkter (Verlagerung von Bundesanstalten etc. in unterentwickelte Regionen). Subventionen und Sozialtransfers sind durch ihre Bemessungsgrundlagen weitgehend fixiert. Den wesentlichen Grund dafür, daß der größte Teil der öffentlichen Ausgaben ohne jede Rücksicht auf regionale Ziele ausgegeben wird, sieht der Verfasser in der schwachen Vertretung der Regionalpolitik in der finanzpolitischen Willensbildung. Regionalpolitik ist kein Ziel, das in der BRD von einem Ressort gegenüber anderen Ressorts vertreten wird. Ein Ansatzpunkt wäre der „Länderausschuß für Beschaffungswesen“, der die Interessen der Bundesländer bei der Verteilung der Bundeswehraufträge vertritt. Auch der Bundesrat selbst hätte eine Einflußmöglichkeit. Auf regionaler Ebene haben sich bislang kaum Institutionen bilden können, die über die Landespolitik hinaus auch auf Bundesebene Stoßkraft entwickeln könnten.

Die Arbeit stellt eine detaillierte Auseinandersetzung mit der aktuellen wissenschaftlichen Diskussion dar. Ein Beitrag in Richtung auf die vorgeschlagene empirische Einzelfallstudie, etwa in Fortführung der statistischen Analyse der Verteidigungsaufgaben, im Konzept einer „Theorie mittlerer Reichweite“ dürfte außerordentlich interessant sein.

Dieter Weiss, Berlin

Christian Smekal: Die Finanzwirtschaft intermediärer Gruppen. Innsbruck 1969. Österreichische Kommissionsbuchhandlung. 188 S.

Diese Untersuchung knüpft an den von Fritz Karl Mann entwickelten Begriff der „intermediären Finanzgewalten“ an. Wie Mann geht auch Smekal vom Pluralismus der Gesellschaft aus, aber im Unterschied zu Mann will Smekal nicht den „Pluralismus der Finanzgewalten“ (Mann) untersuchen, sondern die „Finanzgewalten des Pluralismus“ (S. 9). Dabei steht im Vordergrund dieser Arbeit die Untersuchung der Haushalte der Verbandswirtschaften einer modernen pluralistischen Gesellschaft (S. 9). Den empirischen Teil seiner Untersuchung schränkt Smekal auf die Verhältnisse in Österreich ein.

Zwischen dem Staat und den einzelnen Individuen bildet sich der intermediäre Bereich der öffentlichen Finanzwirtschaft. Er wird auf der einen Seite dadurch ausgefüllt, daß der Staat gewissermaßen von oben her zu seiner Entlastung Funktionen an öffentliche Körperschaften delegiert, auf der anderen Seite dadurch, daß die Individuen Verbände gründen, die sie mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauf-

tragen. Dem Pluralismus der Interessen in der Gesellschaft entspricht nach Smekal die Gründung solcher Interessenverbände.

Der moderne Staat tendiert zum Verbändestaat. Es entsteht ein „funktionaler Pluralismus“. Innerhalb des intermediären Bereiches liegt die Parafiskalität, deren Begriff allerdings umstritten ist. Nach Smekal entsteht die Parafiskalität dadurch, „daß eigenständige Gebilde zwischen dem Staat und dem Einzelnen spezifische Gruppenaufgaben wahrnehmen“ (S. 42). Dabei ist es unwichtig, ob diese Gebilde durch staatliche Initiative von oben geschaffen worden sind oder sich von unten gebildet haben. Smekal verzichtet auf eine Trennung zwischen der Untersuchung allgemeiner grundsätzlicher Fragen und der Behandlung konkreter empirischer Erscheinungen. Die Untersuchung beginnt mit einer recht interessanten Darstellung intermediärer Gruppen in einer pluralistischen Gesellschaft und schließt daran einen dogmengeschichtlichen Rückblick. Danach werden Fragen der Abgrenzung intermediärer Finanzwirtschaften untersucht. In einer über mehrere Kapitel gehenden Darstellung der Finanzwirtschaft intermediärer Organisationen werden unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen Verhältnisse die rechtlichen und institutionellen Grundlagen, die Funktionen sowie die Einnahmen und Ausgaben intermediärer Finanzwirtschaften dargestellt.

Schließlich wird im letzten Kapitel das Verhältnis parafiskalischer Haushalte zu den Haushalten des Staates und der Gebietskörperschaften behandelt.

Das schwierigste Problem dieser Arbeit liegt in der Abgrenzung intermediärer Finanzwirtschaften. Smekal sieht eine intermediäre Finanzwirtschaft dann gegeben, wenn folgende Merkmale erfüllt sind: Selbstverwaltung, finanzielle Autonomie, politische Relevanz und funktionale Totalrepräsentanz (S. 142). Durch die beiden ersten Merkmale erfolgt nach Smekal die Abgrenzung gegenüber dem Staat, durch die beiden letzten Merkmale die Abgrenzung gegenüber den Vereinen. Zu den intermediären Finanzwirtschaften im Sinne der obengenannten Merkmale zählt Smekal insbesondere die Kammern, die Gewerkschaften und die Religionsgemeinschaften. Darüber hinaus nennt er aber auch in diesem Zusammenhang die Unternehmerverbände, die politischen Parteien u. a. Organisationen. Als Grenzfälle bezeichnet er hingegen die Sozialversicherungsträger, die Universitäten und die Hochschulen. Mit dieser Klassifizierung dürfte Smekal allerdings auf einigen Widerspruch stoßen. So bezeichnet z. B. *Mann* gerade die Institutionen der Sozialversicherung als die wichtigsten der intermediären Finanzgewalten. Auch dürfte es aufgrund der Merkmale „politische Relevanz“ und „funktionale Repräsentanz“ schwerfallen, eine Abgrenzung gegenüber denjenigen Vereinen durchzuführen, die die obengenannten Merkmale nicht aufweisen. Wann kann man z. B. einen Verein als politisch bezeichnen?

Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich daraus, daß der Ausdruck „intermediär“ in der Arbeit nicht immer denselben Begriffsinhalt hat.

Einmal bezeichnet Smekal als „intermediär“ den Raum zwischen dem Staat und dem Einzelnen“ (S. 56), wobei er aus diesem Bereich die Parafiskalität als engeren Begriff heraushebt (S. 56/57). Dann wiederum definiert er als intermediäre Finanzwirtschaften nur solche Finanzwirtschaften, die innerhalb des intermediären Bereichs die obengenannten Merkmale aufweisen. Da er diese Merkmale aber auch für die Parafiskalität in Anspruch nimmt, wird in der Arbeit der Unterschied zwischen intermediär und parafiskalisch unscharf.

Die Abhandlung verarbeitet die einschlägige Literatur in sorgfältiger Weise. Dabei lehnt sich Smekal stark an *Mann* an. Die Arbeit vermittelt einen guten Einblick in die Finanzwirtschaft parafiskalischer Organisationen in Österreich. Darüber hinaus ist sie aber auch wegen der Behandlung grundsätzlicher Probleme von allgemeinem Interesse. Die Arbeit ist flüssig geschrieben und gut zu lesen.

Harry Runge, Stuttgart

Dietrich Fürst: Die Kreisumlage. Analyse eines Instruments des Finanzausgleichs. Stuttgart 1969. W. Kohlhammer. 141 S.

Diese Arbeit untersucht eine besondere Form innerstaatlicher Transferströme im öffentlichen Bereich: die Kreisumlage. Zunächst werden allgemeine Merkmale einer Umlage gegenüber anderen Instrumenten des Finanzausgleichs herausgearbeitet. Dabei verwendet der Verfasser die Richtung der Zahlungsströme als Kriterium und unterscheidet demnach zwischen zentripetalen, zentrifugalen und zentrumsfreien (ungerichteten) Transfers (S. 17), wobei er die Umlage zu den zentripetalen Transfers (viele Körperschaften zahlen an eine andere Körperschaft) zählt. In Anlehnung an die allgemeine Steuerlehre wird sodann (S. 19 bis 20) die beitragsähnliche Umlage (Äquivalenzprinzip) der steuerlichen Umlage (Leistungsfähigkeitsprinzip) gegenübergestellt. Ein wesentlicher Unterschied zwischen Umlagen und Steuern besteht aber darin, daß bei der Umlage derselbe Personenkreis, der die Umlage aufbringt, auch darüber beschließt. Obwohl also die Struktur der politischen Willensbildung hier eine Tendenz zur beitragsähnlichen Umlage vermuten läßt, sind in der Praxis überwiegend steuerähnliche Umlagen anzutreffen. Die Begründung findet der Autor, wohl zu Recht, in den Schwierigkeiten einer exakten Zurechenbarkeit der Leistungen.

Nach diesen finanztheoretischen Erörterungen wird im zweiten Kapitel (S. 30 ff.) die Kreisumlage als typische Umlage behandelt. Zunächst fragt der Autor nach den Zielen der Umlageerhebung und stellt dabei auf die fiskalische Ergiebigkeit und das Ausgleichsziel ab. Was durch die Umlage ausgeglichen werden soll, ist kontrovers. Zu denken ist an den Ausgleich der Finanzkraft, der Leistungskraft oder der Wirtschaftskraft. Von Bedeutung ist — wie Fürst zeigt — in der Praxis aber nur der Finanzkraftausgleich, da die beiden anderen Konzepte zu wenig praktikabel sind. An dieser Stelle hätte es nahegelegen,

auch auf die Diskussion um den Ausgleich von „tax capacity“ und „tax effort“ im US-amerikanischen Finanzausgleich einzugehen. Viele der dort vorgebrachten Argumente stützen zwar die Ausführungen des Verfassers, zu einigen Punkten (z. B. Ausgleich der Leistungskraft) finden sich dort allerdings auch andere interessante Ansätze, die für die vorliegende Studie durchaus hätten herangezogen werden können. An die Behandlung der Ziele schließen sich Überlegungen über die Ausgestaltung der Bemessungsgrundlage der Umlage sowie eine Kritik an der Zielkonformität des Umlageberechnungsverfahrens an. Dabei stützt sich Fürst auf statistisches Material für Nordrhein-Westfalen, so daß nicht ohne weiteres eine Allgemeingültigkeit der gefundenen Ergebnisse angenommen werden kann.

In den letzten Kapiteln beschäftigt sich der Verfasser dann zunächst mit der regionalen Inzidenz der Kreisumlage (S. 85 ff.). Bei der Fülle der möglichen Wirkungen innerstaatlicher Transfers und dem sehr unbefriedigenden Stand der Theorie über die regionalen Effekte finanzpolitischer Maßnahmen verlangt eine solche Analyse Mut. Dem Autor kann aber bescheinigt werden, daß er seiner Aufgabe durchaus gerecht geworden ist. Die Überlegungen sind überzeugend, zumal Fürst dabei weder der naheliegenden Gefahr inhaltsleerer Aussagen unterlegen ist, noch eine Exaktheit vortäuscht, die in diesem Zusammenhang eben nicht möglich ist. Den Abschluß der Arbeit bilden Überlegungen über die politischen Grenzen der Ausgleichsfunktion der Umlage und eine Betrachtung über die Bedeutung und rechtliche Stellung der Landkreise als Gebietskörperschaft oder Gemeindeverband.

Dem Untertitel der Arbeit entsprechend beschränkt sich die Untersuchung im wesentlichen auf die Behandlung nur einer Funktion der Kreisumlage, nämlich den Ausgleich der Finanzkraft. Demzufolge konnten andere Aspekte nur relativ kurz abgehandelt werden. Insgesamt weiß die Studie aber zu überzeugen, zumal sie eine Reihe von Problemen behandelt, die über den engeren Rahmen der Kreisumlage hinaus auch bei anderen Instrumenten des Finanzausgleichs Beachtung verdienen. Die Arbeit gefällt in der theoretischen Argumentation und der abgewogenen Interpretation des empirischen Materials. Zu Recht weist Fürst mit Nachdruck auf die Wechselbeziehungen zwischen dem fiskalisch Notwendigen und dem politisch Möglichen hin, denn für die Gemeinden ist die Kreisumlage nicht zuletzt Gegenstand politischer Diskussion und Kritik.

Rolf Peffekoven, Bochum

J. Daviter, J. Könke, O. Graf Schwerin: Steuernorm und Steuerwirklichkeit. Band I: Steuertechnik und Steuerpraxis in Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland. Köln und Opladen 1969. Westdeutscher Verlag. 314 S.

B. Beichelt, B. Biervert, J. Daviter, G. Schmölders, B. Strümpel: Steuernorm und Steuerwirklichkeit. Band II: Steuermentalität und Steuermoral in Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien. Köln und Opladen 1969. Westdeutscher Verlag. 195 S.

Zeitlich nach dem 2. Band erschien der 1. Band. Während Band II das Verhalten der beteiligten Personen (Steuerzahler, Finanzbeamte) zum Gegenstand hat, behandelt Band I die Steuerpraktiken und den Aspekt ihrer Abhängigkeit von Steuermentalität und Steuermoral. Dabei wird, jeweils in einem Kapitel, ein ausführlicher Überblick gegeben über die Steuerverwaltung, die Ermittlung der Steuerschuld, die Steuererhebung, Steueraufklärung und -beratung, die Steuerkontrolle, das Steuerstreitverfahren sowie das Steuerstrafrecht. Abgehandelt werden die Länder Frankreich, Großbritannien und Italien, wobei in einer jeweiligen Zusammenfassung eines Kapitels ein kurzer Vergleich mit der BRD erfolgt.

Ziel des zweiten Bandes ist es, Diskrepanzen zwischen Steuernorm und Steuerwirklichkeit aus dem Verhalten der Steuerzahler zu erklären. Es handelt sich also um eine Arbeit aus dem Bereich der Finanzpsychologie, speziell der vergleichenden Finanzpsychologie; denn in Fortführung von entsprechenden Untersuchungen für die BRD werden in diesem Band II Steuermentalität und Steuermoral in Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien analysiert. Eine solche Untersuchung hat neben ihrem wissenschaftlichen Wert vor allem auch eine höchst praktische Bedeutung im Zusammenhang mit einer europäischen Steuerharmonisierung. Dabei komme es in erster Linie auf eine „Angleichung der Steuerwirkungen“, nicht aber so sehr auf die „Anpassung der Steuernormen“ (S. 8) an.

Die den Unterschied zwischen Steuernorm und Steuerwirklichkeit erklärenden Faktoren sind Steuermentalität und Steuermoral. Unter Steuermentalität wird die allgemeine Einstellung der Zensiten zur Besteuerung und zum Steuersystem verstanden, unter Steuermoral die Einstellung zur Erfüllung oder Nichterfüllung der steuerlichen Pflichten. Um diese Einstellung der Steuerzahler zu erfahren, wurden von den Verfassern in Zusammenarbeit mit entsprechenden Instituten Befragungen durchgeführt. Bei allem Vorbehalt gegenüber der Aussagefähigkeit von Interviews, zumal auf einem so heiklen Gebiet wie dem der Besteuerung, bringt der Sammelband jedoch eine ganze Reihe von Aussagen und Belegen, die in plausibler Weise Maßgrößen für die Variablen Steuermentalität und Steuermoral liefern. Das gilt beispielsweise für das Vorgehen, den Befragten in jedem der Länder fiktive Steuerhinterziehungsfälle vorzulegen mit der Bitte, Billigung oder Mißbilligung solchen Verhaltens an Hand einer abgestuften Skala aus-

zudrücken. Auch die verschiedenen Fragen nach der Einstellung des Steuerzahlers zu seinem Staat ergeben ländermäßig recht eindrucksvolle Unterschiede und zeigen deutlich die Verflechtung zwischen der Bindung an das politische System einerseits und den „Steuerwiderstand“ andererseits.

Die so gewonnenen Daten werden sehr vorsichtig gewertet und kommentiert. Nur ein Teil erscheint in Tabellenform. Das vollständige Ergebnis ist in besonderen Tabellenbänden enthalten.

Der Nachweis, daß und in welcher Art das Verhalten der Steuerzahler Erklärungsfaktor ist, zieht die Folgerung nach sich, daß bei steuerpolitischen Maßnahmen das individuelle Verhalten als Randbedingung zu beachten ist. Steuermentalität und Steuermoral sind nicht nur „Reaktionen auf die Steuertechnik“. Verbesserungen im Steuersystem haben infolgedessen vor allem auch — soweit möglich — bei einer Beeinflussung des Verhaltens der Steuerzahler anzusetzen — eine Erkenntnis, die das Buch eindrücklich belegt.

Zum Schluß wird mit Recht darauf hingewiesen, daß auch das Verhalten der Steuerbehörden bzw. ihrer Beamten, die „Treffsicherheit, Dosierbarkeit und Beherrschbarkeit des Instrumentes Besteuerung“ (S. 189) mitbestimmt, was eine Verhaltenstheorie der Steuerverwaltung erfordere.

Über den Verhaltensaspekt hinaus werden in notwendigem Umfang die Grundzüge des jeweiligen Steuersystems kurz dargestellt.

Das Buch zeigt wieder einmal deutlich, daß die wirtschaftswissenschaftliche Verhaltensforschung wertvolle und brauchbare Erkenntnisse für die Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne liefern kann. Wenn das Verhältnis des unmittelbar verwertbaren Ergebnisses zum Aufwand dabei vielleicht nicht so ganz günstig ist, so liegt das einfach daran, daß die empirische Feldforschung fast immer sehr aufwendig ist.

Ulrich Brösse, Aachen

Hans K. Schneider; Rudolf Vieregge: Die Grundsteuer in der Finanzreform. Eine Studie zur wirtschafts- und finanzpolitischen Problematik der Grundsteuer. Münster 1969. Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen. 104 S.

In dieser instruktiven Studie wird erstmals versucht, einen Überblick über den Gesamtkomplex der Grundsteuer zu geben. Während sich die bisherigen Veröffentlichungen mit der Grundsteuer nur unter speziellen Gesichtspunkten befaßten, werden hier die gesamten wirtschaftlichen und finanzpolitischen Implikationen der Grundsteuer aufgezeigt. Dieser Aufgabenstellung gemäß ist die Studie relativ breit angelegt und, was besonders wertvoll ist, in einem umfangreichen Anhang mit empirischem Material untermauert, so daß die theoretischen

Überlegungen insbesondere bei der Frage der Grundsteuerbelastung durch die statistischen Erhebungen ergänzt werden.

Ausgangspunkt der Untersuchung sind die Vorschläge zur Finanz- und Steuerreform, die meist zumindest eine Beibehaltung der Grundsteuer in der derzeitigen Höhe, wenn nicht gar eine Erhöhung vorsehen. Da diese Vorschläge jeweils auf einen speziellen Zweck ausgerichtet sind, untersuchen die Verfasser, ob sich auch unter Einbeziehung aller wirtschaftlichen Gesichtspunkte eine derartige Stellungnahme zur Grundsteuer abgeben läßt.

Im ersten Abschnitt der Arbeit wird die Grundsteuer im System des Steuerrechts behandelt. Hier werden die Mängel und die Systemwidrigkeit der Ertragsteuern aufgezeigt und insbesondere ausführlich auf die Bewertungsvorschriften der Bewertungsgesetze von 1934 und 1965 eingegangen. Daneben wird noch die fiskalische Bedeutung der Grundsteuer sowie ihre historische Entwicklung in Deutschland dargestellt.

Der zweite Abschnitt behandelt den Bereich Gemeindefinanzreform und Grundsteuer. Gegenstand sind die Zielsetzung der Reform des Gemeindefinanzsystems und die Behandlung der Grundsteuer in den Reformvorschlägen.

Den zentralen Teil der Arbeit stellt der dritte Abschnitt dar, der sich mit der eigentlichen Problematik der Grundsteuer befaßt. Nach einem Überblick über historische Rechtfertigungsversuche der Grundsteuer werden die Kriterien für die Beurteilung der Grundsteuer herausgearbeitet. Beurteilungsgesichtspunkte sind rechtliche, steuerpolitische, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Überlegungen sowie die Kriterien einer Gemeindesteuer. In sorgfältiger Analyse werden Steuergerechtigkeit, Wirtschaftlichkeit der Steuererhebung und Gleichmäßigkeit der Besteuerung, die Steuerbelastung durch die Grundsteuer, die sektoralen und konjunkturellen Effekte, finanzwirtschaftliche Aspekte untersucht.

Das Ergebnis ist im vierten Abschnitt dargestellt. Die Verfasser kommen aufgrund ihrer Analyse zu dem Schluß, daß unter Berücksichtigung aller Aspekte des Grundsteuerproblems die Grundsteuer nicht erhöht, sondern im Gegenteil auf eine kleine Zusatzbelastung der Einkünfte aus Grundbesitz reduziert oder noch besser abgeschafft werden sollte. Die Hauptargumente dafür sind in den steuersystematischen Mängeln der Grundsteuer zu sehen, die in einer Mehrfachbelastung der Besteuerungsobjekte, in starken Belastungsunterschieden und in der Nichtberücksichtigung sozialer Aspekte liegen (S. 93), sowie in der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Problematik.

Insgesamt gesehen, stellt die Studie einen begrüßenswerten und gelungenen Versuch dar, die Diskussion um die Grundsteuer zu versachlichen.

Dieter Stilz, Berlin

Klaus Oelschläger, Peter Schöber unter Mitarb. von *Klaus Tiepelmann*: Das Finanzierungsverhalten der westdeutschen Handwerker. Köln u. Opladen 1969. Westdeutscher Verlag. 209 S.

Seit vor einem halben Jahrhundert *Röbke* ein praktisches Lehrbuch „Die kaufmännische Führung des Handwerksbetriebes“ schrieb, haben sich — in Wechselwirkung stehend — zwei Entwicklungen vollzogen: einerseits der Ausbau einer speziellen Betriebswirtschaftslehre des Handwerks, andererseits die Einführung betriebswirtschaftlicher Erkenntnisse und Verfahren in den geschäftlichen Alltag der selbständigen Handwerker. Man wird sagen dürfen, daß die fortschreitende Integration der Handwerksanbieter in den modernen Marktmechanismus sich in einem entscheidenden Maße auf dem Wege innerbetrieblicher Wandlungen, sprich: der Aneignung rationaler Methoden der Betriebsgebarung, vollzogen hat. Der Prozeß hält an.

Eine Art Zwischenbilanz auf dem Teilgebiet der betrieblichen Finanzierung legt die Drei-Autoren-Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung unter dem obigen Titel vor. Es handelt sich um eine zusätzliche Auswertung einer Erhebung bei 1204 selbständigen Handwerkerkern, über die der Mitverfasser *Schöber* unter dem Stichwort „Wirtschaftsmentalität“ bereits berichtet hat (vgl. Schm. Jb. 90. Jg., 1970, S. 753). Hier wie dort kommen dieselben Methoden zur Anwendung, auch der theoretische Bezugsrahmen ist derselbe geblieben; allerdings tritt der theoretische Überwurf diesmal weniger deutlich hervor.

Das Finanzierungsverhalten ist anhand der „situationalen“ Gegebenheiten wie auch der Mentalität der befragten Betriebsinhaber eingehend erforscht, der beigegebene Befragungsbogen gibt über den Untersuchungsstoff zusammenfassend Auskunft. Als ermittlungsrelevant gelten u. a. folgende Punkte, deren Aussagefähigkeit allerdings nicht gleichwertig ist: das Finanzierungsverhalten insgesamt und gegenüber dem Bank-, Wechsel-, Lieferanten- und Verwandtenkredit; der Einfluß der objektiv gegebenen Faktoren des Finanzierungsverhaltens: Betriebsgröße, Sicherheit, Kosten, Wissen und Ausbildung, Alter; die subjektiven Faktoren: Zukunftserwartungen und Mentalität gegenüber den verschiedenen Erscheinungen des Kredits. Ferner ist die Haltung der Handwerkerschaft zur stillen und tätigen Teilhaberschaft als Kreditform und zum öffentlichen Kredit untersucht.

Wiederum zeigt sich, daß in subjektiver Hinsicht Lebensalter und Bildungsgrad der Selbständigen konstitutive Bedeutung haben, in objektiver Hinsicht vor allem die Betriebsgröße. Es lassen sich aufschlußreiche Beziehungen zwischen diesen Indikatoren aufdecken, die in die Erkenntnis münden, daß durchgehende Verjüngung und generelle Verbesserung des Bildungsstandes die Hauptanliegen für eine beschleunigte und intensive Marktsicherung der Handwerksanbieter darstellen. Der gegenwärtig erreichte Zwischenstatus in Bezug auf das Kreditverhalten kann in den meisten Punkten als durchaus erfreulich gelten.

Zu diesem Urteil gelangt man dann, wenn man den Weg der Handwerkerschaft in das hochindustrielle Zeitalter im ganzen überblickt. Im Gefolge der industriellen Kerntruppe müssen ihn alle Wirtschafts- und Gesellschaftsschichten gehen, die Unselbständigen nicht ausgenommen. In diesem großen Verschmelzungsprozeß gibt es Nachzügler von namhaftem Gewicht, zu denen der größere Teil der Handwerkerschaft offenbar nicht mehr zählt. Man wird im Gegenteil sagen dürfen, daß hier die innere Metamorphose in Haltung und Gesinnung zu einer begrüßenswerten Anreicherung der produktiven Kräfte der Gesellschaft geführt hat und voraussichtlich noch weiter führen wird. Die alten Formen des festgefügt Handwerks verflüchtigen sich dabei, so daß es an der Zeit ist, auf neue Formen hinzuwirken. — Wer mit Kreditfragen des Handwerks zu tun hat, wird in der Schrift aufschlußreiche Hinweise finden.

Wilhelm Wernet, Münster

Horst Sanmann (Hrsg.): Handbuch der europäischen Seehäfen. Bd. I u. VII. Hamburg 1967, 1969. Weltarchiv GmbH. 297 u. 141 S.

Das hier anzuzeigende, auf zehn Bände angelegte Sammelwerk soll die Seehäfen Europas in umfassendem Vergleich darstellen. Dem einleitenden Band I (Grundfragen der Seeverkehrswirtschaft) sind inzwischen bereits weitere gefolgt, darunter Band VII: Die Seehäfen in Frankreich. Beide wurden dieser Besprechung zugrunde gelegt.

An dem ersten Band haben namhafte Sachkenner mitgewirkt. Er enthält — außer zwei kurzen grundlegenden Referaten über „Seeverkehrsforschung als Aufgabe“ und „Seeverkehrsstistik als Problem“ — insgesamt vier umfangreiche Abhandlungen. Während die folgenden neun Einzelbände sich auf die Häfen jeweils eines Landes oder geographischen Raumes konzentrieren und bei der Darstellung ins Detail gehen, handelt es sich hier um allgemeine, weiterreichende Untersuchungen. Ziel der Verfasser war es, die „für eine Bewältigung der aktuellen Aufgaben in Seeschifffahrt und Seehäfen erforderlichen Kenntnisse der vielfältigen Probleme und Problemkomplexe“ zu vermitteln.

Gegenstand der vier Beiträge sind einerseits die allgemeinen seeverkehrswirtschaftlichen Grundlagen der Häfen, andererseits die spezifischen hafengewirtschaftlichen Zusammenhänge. Sie werden unter den Überschriften „Strukturwandlungen in der Seeschifffahrt“ (L. *Jolmes*, Hamburg), „Weltkonjunktur und Seeverkehr“ (K. *Kühne*, Brüssel), „Die Seehäfen in der Weltwirtschaft“ (H. *Sanmann*, Hamburg) und „Die ökonomischen Funktionen und die Fazilitäten der Seehäfen in gesamtwirtschaftlicher Sicht“ (H. *Heeckt*, Kiel) behandelt. Dabei sind die beiden erstgenannten Beiträge vornehmlich in einer etwa 80-100 Jahre umfassenden Sicht historisch-statistisch, die folgenden eher grundsätzlich theoretisch ausgerichtet. Insbesondere *Heeckt* hat sein Thema auch unter systematischen Aspekten angefaßt, um dem schillernden Begriff der Hafenzuzuzilitäten einen festeren Inhalt zu geben.

Auch die anderen Verfasser haben sich nicht mit einer Faktendarstellung begnügt, sondern ihre Arbeiten auf bestimmte Probleme hin ausgerichtet. Es werden daher — besonders von *Sanmann* und *Jolmes* hinsichtlich der Grundsatzfragen der Seehafenpolitik und des Seehafenbaus — auch Überlegungen zu Sein-Sollens-Fragen in diesem Bereich angestellt. Die volkswirtschaftliche Problematik des Hafenwettbewerbs — *Sanmann* sieht ihn z. B. als eher schädlich an —, die Kontroverse zwischen Eigenwirtschaftlichkeit der Häfen und Subventionierung als „public service“, die daraus resultierende Gebührenproblematik u. ä. Fragen stehen dabei im Vordergrund. Gerade in diesen Ausführungen, die in erheblichem Maße auch gesamtwirtschaftlich begründete Kritik an der Entwicklung der Seeverkehrswirtschaft in der jüngsten Zeit üben, wird der Leser viele bedenkenswerte Aussagen finden, die angesichts der zunehmenden Aufwendungen für eine Anpassung der Seehäfen an die steigenden Schiffsgrößen und der wachsenden Ansprüche an die finanzielle Leistungsbereitschaft der öffentlichen Hände im Zeitablauf eher noch bedeutungsvoller werden dürften.

Den Beiträgen von *Jolmes* und *Kühne*, die u. a. den Problemen des Tonnageüberflusses und der Frage nachgehen, ob die Schifffahrtskonjunktur einen Sonderzyklus darstellt, sind ferner sehr umfangreiche Tabellenanhänge beigegeben, in denen lange Zeitreihen zur Entwicklung des Weltseeverkehrs zusammengefaßt sind. Sie bieten vor allem auch mehrere Jahrzehnte überdeckende Daten über das mengenmäßige Ladungsaufkommen an verschiedenen wichtigen Güterarten. Diese statistischen Materialien werden infolgedessen auch unter langfristigen Gesichtspunkten wertvoll bleiben.

Für den Inhalt der bereits vorliegenden bzw. geplanten Einzelbände kann der Band VII als repräsentativ angesehen werden, in dem H. *Watermann* (Brüssel) die Seehäfen Frankreichs behandelt. Gliederungsprinzip ist hierbei eine jeweils isolierte, aber gleichartigen Kriterien folgende Darstellung der neun bedeutendsten französischen Seehäfen. Vorangestellt ist eine umfassende Analyse der Grundlagen der Seehafenwirtschaft Frankreichs, in der die Außenhandels- und Verkehrsstruktur, die Wettbewerbslage sowie die Verwaltungsprinzipien erörtert werden. Die den einzelnen Häfen gewidmeten Kapitel — eingeschlossen sind die sog. „grand ports“ Dünkirchen, Le Havre, Rouen, Nantes/St. Nazaire, Bordeaux und Marseille, ferner Calais, Boulogne-sur-Mer und Cherbourg — enthalten Angaben über die verkehrsgeographischen Grundlagen, die ökonomischen Funktionen, den organisatorischen Status und die angebotenen technischen Fazilitäten, ferner statistische Daten über Schiffsverkehr und Umschlagsleistungen sowie schließlich eine Beurteilung der hafenwirtschaftlichen Perspektiven. Wie im ersten Band wird auch hier eine Fülle von Einzelangaben und quantitativen Daten geboten.

Mit der Herausgabe dieses breit angelegten Handbuches haben der Herausgeber und das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv ein ver-

dienstvolles Werk unternommen, denn Seeverkehr und Seehäfen sind in der wirtschaftswissenschaftlichen Fachliteratur in Deutschland immer noch verhältnismäßig schwach vertreten. Der Inhalt der bisherigen Bände rechtfertigt es, das Erscheinen des Sammelwerkes nachdrücklich zu begrüßen. Wie bei jedem enzyklopädischen Werk liegt allerdings ein immanentes und daher unvermeidliches Problem in seiner Zeitgebundenheit. Das wirkt sich besonders angesichts der in den letzten wenigen Jahren unter dem Einfluß der revolutionierenden Veränderungen der Seeverkehrstechnik (Superschiffe, Container-, LASH- und ähnliche Spezialverkehre, Fährdienste usw.) in vielen Seehäfen voll in Gang gekommenen Umstellungsprozesse nicht unerheblich aus und beeinträchtigt zwangsläufig den aktuellen Gehalt der Darstellungen. Die ungewöhnlich gesteigerte Dynamik der Seeverkehrswirtschaft wird z. B. im Beitrag über die Strukturwandlungen der Seeschifffahrt an der Schiffsgrößenentwicklung u. ä. deutlich sichtbar.

Es ist zu hoffen, daß wenigstens ein Teil dieser außerordentlich bedeutsamen — und in ihrem Trend in den Abhandlungen des ersten Bandes teilweise bereits angesprochenen — Wandlungstendenzen in den noch folgenden Einzelbänden berücksichtigt werden kann. Zu wünschen wäre der Anschaulichkeit halber vielleicht auch (trotz des ökonomischen und nicht technischen Charakter des Handbuches), daß den Hafenanalysen Übersichtspläne ihrer Anlagen beigegeben werden — schon um die teilweise ins Riesenhafte gewachsenen Dimensionen (z. B. Antwerpen, Le Havre, Marseille-Fos) zu verdeutlichen, die nicht in jedem Fall so geläufig sind wie in Rotterdam/Europoort. Zu bedauern bleibt der für private Käufer fast prohibitive Preis des Werkes, der den Trend der deutschen Fachbuch-Preise überreichlich repräsentiert.

Hans Böhme, Kiel